

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/011/2012
Datum	Donnerstag, 13.12.2012
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:30 Uhr
Ende	12:25 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Mederer, Josef

Mitglieder CSU

Steinberger, Friederike
 Bichler, Josef
 Dambach-Trapp, Eleonore
 Eichiner, Reinhard
 Friesinger, Sebastian
 Geiger, Rudolf
 Großmann, Rainer Dr.
 Haslberger, Annemarie
 Hobmeier, Karin
 Höcht, Annemarie
 Hofstetter, Franz
 Huber, Thomas
 Jungwirth, Franz
 Kuhn, Barbara
 Kühn, Harald
 Linder, Ingeborg
 Loy, Josef
 Roiser, Herbert
 Schwab, Harald
 Spitzbauer, Anton
 Springer, Frank
 Stoiber, Dominic Dr.
 Weiß, Ilse

Mitglieder SPD

Bittner, Ursula
 Asam, Michael
 Brandl, Werner
 Broschei, Hiltrud
 Hügenell, Helga
 Magg, Andreas
 Malm, Mike Dr.
 Murken, Jan Prof. Dr.
 Rödiger, Günther Dr.
 Salvermoser, Richard

Thöne, Thomas
Waldmann, Ruth
Wimmer, Gerhard

Mitglieder FDP

Föst, Daniel
Friedl-Laussenmeyer, Sigrid
Marquardt, Rolf
Rippel, Dieter
von Baudissin-Schmidt, Barbara
Gräfin
Wagner, Sandra
Wunderlich, Claus Dr.

anwesend ab TOP 2

Mitglieder FW

Degenhart, Christine
Heigl, Marianne
Koppold, Rudolf
Schanderl, Michael Dr.
Schneider, Rainer
Specker, Konrad

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Ammer, Andreas
Bohr, Sylvio
Goldstein, Ulrike
Gruber, Waltraud
Janecek, Dieter
Neubauer, Martina
Scholer, Stefan
Tuttas, Petra

anwesend ab TOP 2

Mitglieder BP

Dorn, Hubert

Mitglieder Die Linke

Jenkner, Beate
Weber, Klaus Prof. Dr.

Mitglieder ÖDP

Schildbach-Halser, Johanna

Sachverständige

Spuckti, Martin

Verwaltung

Brinckmann, Ernst
Erdmann, Kerstin
Fuhrmann, Johann
Getzlaff, Stefan
Goriß, Monika
Gräbsch, Dorit
Schmitz, Erich
Sonntag, Gert
Wirth, Peter

Weitere Anwesende

Hillenbrand, Christoph, Regierungspräsident

Protokollführerin

Albrecht, Sofie
Meindl, Sabine

Entschuldigt

Mitglieder CSU

Baumgärtner, Clemens
Fröschl, Markus
Hangkofer, Christof Dr.
Wetzelsperger, Georg

Mitglieder FW

Brems, Klaus

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Oyan, Adil

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Beschluss des Bezirkshaushalts 2013
TOP 3	Zweiter Sozialbericht des Bezirks Oberbayern
TOP 4	Psychiatrie- und Suchthilfekonzert 2001 - klinischer Teil Neufassung des Konzeptes für die Kinder- und Jugendpsychiatrie
TOP 5	Psychiatrie- und Suchthilfekonzert 2001, Klinischer Teil Fortschreibung 2012 Versorgungsregion der kbo-Lech-Mangfall-Kliniken
TOP 6	Klinische Beteiligungen des Bezirks Oberbayern; Beteiligungsberichte Geschäftsjahr 2011
TOP 7	Fortschreibung des Gleichstellungskonzepts des Bezirks Oberbayern
TOP 8	Unternehmenssatzung der "Kliniken des Bezirk Oberbayern - Kommunalunternehmen" (kbo-Kommunalunternehmen)
TOP 9	kbo - Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen; "Public Corporate Governance Kodex für kbo - Kliniken des Bezirks Oberbayern"
TOP 10	kbo - Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen / Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2012
TOP 11	Ratsinformationssystem - Zugriff auf Unterlagen zu nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten
TOP 12	Neues Entgeltsystem für die psychiatrischen Krankenhäuser - Resolution des Bezirkstags von Oberbayern
TOP 13	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen
-------------------	-------------------

TOP 2 Beschluss des Bezirkshaushalts 2013

Haushaltsrede von Bezirkstagspräsident Herr Josef Mederer -es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstags von Oberbayern,

den Haushalt 2013 möchten wir heute vorstellen, diskutieren und dann hoffentlich gemeinsam auch zu Ende bringen. Es ist der fünfte Haushalt den ich einbringen darf und bevor wir zum Haushalt kommen, möchte ich ein paar allgemeine Anmerkungen machen. Vorgestern haben wir hier in diesem Saal den ersten Inklusionspreis vergeben, den wir vom Bezirk Oberbayern ausgelobt haben. Zwei Preisträger, einmal aus München und einmal aus Ingolstadt, konnten die Preise in Empfang nehmen. Das Thema „Wohnen“ war ausgelobt: Einmal wohnen in einer Wohngemeinschaft mit Studenten zusammen, einmal wohnen von Menschen mit Behinderungen in einer 1a-Wohnanlage. Das waren wichtige Elemente und die haben gezeigt, dass hier viel bewegt werden kann. Es geht hier in der Eingliederungshilfe um einen Paradigmenwechsel: Weg von der Fürsorge, hin zur Selbstbestimmung. Menschen mit Behinderungen brauchen eben die Wahlfreiheit, wo und wie sie leben möchten und leben können.

Der ehemalige Landtagspräsident Alois Glück war hier, der übrigens sehr lobende Worte für die Arbeit des Bezirks Oberbayern, vor allem im Sozialbereich, gefunden hat. Er hat eine nachdenkliche Rede gehalten zum Thema Inklusion und Umgang mit Menschen mit Behinderung. Er hat sehr deutlich aufgezeigt, welch langen Weg Menschen mit Behinderung zurückgelegt mussten, um so wahrgenommen zu werden, die wir es heute tun. Es ist alles nicht selbstverständlich, das hat alles erkämpft werden müssen. Wenn man denkt, wie vor 40 Jahren mit behinderten Menschen umgegangen wurde in der Gesellschaft und wie heute! Aber die Rede hat auch sehr deutlich gezeigt, dass noch ein langer Weg vor uns liegt. Die UN-Menschenrechtskonvention ist mit Sicherheit dabei ein wichtiger Impuls. Der wurde gesetzt und damit ist auch das Bewusstsein im Umgang mit Menschen mit Behinderung mehr in die gesellschaftliche Diskussion gekommen und somit eine lebhafte Debatte daraus geworden. Täglich können wir davon Kenntnis nehmen. Den durch die UN-Konvention gesetzten Rahmen müssen wir - ich betone das ausdrücklich - auch mit Leben füllen. Nur wenn wir das machen und es gelingt, wird Inklusion keine Illusion bleiben. Die Teilhabe „Menschen mit Behinderung“ am Leben in der Gemeinschaft ist dabei ein wichtiges Ziel des politischen Handelns und der politischen Arbeit. Wir vom Bezirk Oberbayern sind als überörtlicher Sozialhilfeträger natürlich hier genau diesem Leitbild verpflichtet. Begleiten wir gemeinsam diese Ideen und ich bin überzeugt, wir werden große Ergebnisse und Erfolge erzielen können. Nicht umsonst haben wir unseren 2. Sozialbericht, den wir heute noch vorstellen wollen, auch genau unter das Zeichen der Inklusion gesetzt. Dieser Bericht ist faktisch für mich schon so etwas wie die „Blaupause“ für unser sozialpolitisches Handeln im Bezirk Oberbayern. Wir wollen hier bis zum Jahr 2015 in diesem Bericht aufzeigen, wo die Reise hingehen soll. Er soll schon so eine Art Bibel für uns sein, die wir immer dann anschauen, wenn wir wissen wollen, wo die Reise hingeht. Wir wollen die Leistungen darauf ausrichten, denn wir wollen die Menschen dabei haben. Die Entste-

hung des Sozialberichtes, meine Damen und Herren, war natürlich mit viel Arbeit verbunden. Die Hälfte unserer Abteilung II hat unserer Stabsstelle –Sozialplanung- zugearbeitet. Herr Sonntag mit seinem Team hat die Zahlen eingearbeitet, geordnet und in Struktur gebracht. Deshalb jetzt schon einen herzlichen Dank an alle, die hier zugearbeitet, eingearbeitet und umgesetzt haben.

Meine Damen und Herren,

Inklusion ist das beherrschende Thema und wird es wohl auch bleiben. Darauf ist auch unser Haushalt ausgerichtet. Man braucht aber kein seismographisches Gespür um zu erkennen, dass zwischenzeitlich auch ein anderes Thema in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt ist. Es brodeln. Man braucht nur unseren Pressespiegel in den letzten Wochen anzuschauen. Die Berichterstattung über Pflege Themen ist geradezu explodiert. Die Bandbreite ist groß: Pflegemängel, merkwürdige Kriterien für die Beurteilung über die Qualität eines Heimes, Fachkräftemangel, alte Menschen die vielleicht sogar in Thailand oder in Osteuropa gepflegt werden, weil es dort billiger ist, usw. . Wo bleibt da die Frage nach der Qualität. Natürlich weiß ich auch, dass wir als Bezirk Oberbayern in der Pflege nur als Sozialhilfeträger tätig sind, d.h. wir geben Geld, wenn das eigene Einkommen zu gering ist, das Vermögen eingesetzt ist, die Pflegeversicherungsleistungen nicht ausreichen und unterhaltspflichtige Angehörige herangezogen werden. Dann ist es unsere Aufgabe, dass wir den Betroffenen finanziell unter die Arme greifen. Die Hauptakteure sind sicherlich die Pflegekassen sowie deren medizinischer Dienst. Wenn es um die Pflege geht, sind wir quasi nur der Juniorpartner, wenn ich das so salopp sagen darf. Die Heimaufsicht, also die Qualitätskontrolle, liegt auch nicht bei uns, sondern bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Es gäbe also Grund genug zu sagen, wir können uns zurückziehen, dies geht uns nichts an. Denn Leistungsumfang und Leistungsqualität, das hätten schließlich andere sicherzustellen. Dabei habe ich aber für mich ein inneres Unbehagen. Der Umgang mit alten Menschen ist ein Thema, glaube ich, dass wir nicht länger so treiben lassen dürfen. Einmal im Jahr vielleicht eine Presseschlagzeile, ein paar Wochen in den Zeitungen und dann ist alles wieder weg, alles ist wieder beruhigt. Ich habe mir vorgenommen, dass ich und wir gemeinsam hier Lobbyisten werden, damit genau diese Debatte stärker wieder in den Mittelpunkt gestellt wird. Immerhin haben wir in unserem Haushalt 132 Millionen für 2013 eingestellt. Im Vergleich zu den 785 Millionen der Eingliederungshilfe scheint es zunächst nicht weltbewegend zu sein.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Entwicklung der Pflegesätze und das verfügbare Einkommen der Leistungsberechtigten ja nicht parallel verlaufen:.. Allein die Anzahl der Personen in Oberbayern die über 80 Jahre alt sind, hat sich vom Jahre 2002 von 155.913 auf 210.625 im Jahr 2011 erhöht. Also daran merkt man schon, wie sich die Gesellschaft hier verändert. Die Diskussionen, die wir mit unseren alten Menschen umgehen, ist im vollen Gange und ich fordere uns gemeinsam auf, dass wir uns daran beteiligen, auch wenn es Geld kosten wird! Ich weiß, dass wir momentan sicherlich in einer finanziell guten und komfortablen Situation sind.

Dem Haushalt 2013 liegen ja Umlagekraftsteigerungen von 13,16 Prozent zugrunde, Da kann man zunächst erfreut sagen: Schön, dass es so gekommen ist. Die Umlagekraftzahl ist auch ein „historisches Hoch“ und hat die Höchstzahl von 2009 bereits überschritten. Die Entlastung durch die Übernahme der Grundsicherung durch den Freistaat, deren zweite Tranche ja nun kommt, hat gegriffen und die Haushalte etwas entlastet. Wenn dann noch das Bundesleistungsgesetz dazu kommt, das ja parteiübergreifend in die bundesweite Diskussion eingebracht wurde und wohl auch Aussicht auf eine Mehrheit im Bundestag hat, würde dies eine weitere Entlastung für Kommunen bedeuten. Allerdings erhalten wir vom Bezirk Oberbayern im Rahmen der Finanzausgleichsmittel Art. 15 für 2013 trotz Erhöhung der Gesamtsumme immerhin um 24 Millionen weniger und werden von den über 640 Millionen etwa nur 104 Millionen bekommen. Dies ist Teil der Solidarität des Finanzausgleiches; die anderen sechs Bezirke wollen auch am FAG-Topf partizipieren und bei ihnen ist die Umlagekraft leider geringer ausgefallen.

Bevor ich bei einigen wenigen Punkten des Haushalts noch genauer einsteige: Alle Haushaltspositionen sind in bewährter Weise über alle Instanzen vorberaten; zuerst natürlich die Vorbereitung in der Verwaltung, dann über unsere politischen Gremien, und deshalb kann ich Ihnen guten und ruhigen Gewissens den über 1,4 Milliarden Haushalt als Entwurf vorlegen, ohne dabei auf einzelne Positionen direkt eingehen zu müssen.

Deshalb gilt schon von ganzem Herzen der besondere Dank an unsere Finanzverwaltung, an unsere Kämmerei die in Unaufgeregtheit aber mit hoher Kompetenz die Berechnungen vorgelegt und in Struktur gebracht hat.

Lieber Herr Getzlaff, Ihnen und auch unserer Frau Hirschhuber, herzlichen Dank.

Wenn ich den Haushalt im Ganzen betrachte, steht im Mittelpunkt, dass wir die Mittel, die wir zur Aufgabenerfüllung brauchen, zur Verfügung stellen. Deshalb ist die Aufgabenerfüllung das Hauptaufgabenmerkmal unseres Hauses. Darüber hinaus möchte ich noch drei weitere Säulen in unserer Haushaltsvorlage nennen: Wir wollen die Umlage senken, dabei trotzdem unsere Schulden reduzieren und können zusätzlich noch nicht unerheblich investieren.

Wenn wir dieses Paket zusammenschnüren, dann sind wir auf sehr gutem Terrain. Grundlage des Haushaltes ist, dass die Aufgaben, die wir haben, erfüllt werden müssen. Wir haben die große Herausforderung, dass wir das Geld beitreiben müssen, das wir zur Aufgabenerfüllung brauchen. Wir wollen keine Sozialpolitik nach Haushaltslage machen. Wir haben zunächst unsere Aufgabe zu erfüllen. Menschen, die Hilfe brauchen, müssen diese bekommen und dazu müssen wir das notwendige Geld bereitstellen. Deshalb ist hier das Hauptaugenmerk zu setzen. Wir brauchen ausreichendes Personal und eine ausreichende Finanzausstattung.

Denn immerhin genau gerechnet 91,74% unseres Bezirkshaushaltes fließen in die soziale Sicherung. Absoluter Schwerpunkt ist dabei die Eingliederungshilfe. Wir werden im Jahr 2013 prognostizierte 58 Millionen mehr ausgeben müssen als im erwarteten Rechnungsergebnis von 2012, Dahinter stehen Menschen - Menschen die Hilfe brauchen. Wir haben immer mehr Menschen, die Hilfe brauchen und wir stellen auch fest, dass die Menschen, die Hilfe bekommen, immer mehr Geld brauchen. Deshalb meine ich, haben wir von dieser Seite her eine hohe Verantwortung. Absolutes Augenmerk innerhalb der Eingliederungshilfe haben dabei die Hilfen in der Schulbildung, also alles was mit Schulbegleitung, integrativen Kindertageseinrichtungen, Heilpädagogischen Tagesstätten usw. zusammenhängt. Da sind wir alle noch ein bisschen Lernende, da muss ich ganz offen sagen, die Eltern, die Schulen, aber auch unsere Verwaltung. Nachdem wir Erfahrungen sammeln konnten, wollen wir jetzt in der Verwaltung zusammenstellen, wie wir auch unter Einbindung der Betroffenen das Verfahren transparenter machen können und wie vielleicht Antragsberge schneller abgebaut werden können. Ich sehe, dass zum Schulbeginn unheimlich viele Anträge da sind, die kurzfristig gar nicht abgebaut werden können, Deshalb müssen Ansätze entwickelt werden, wie wir flexibler und - ich betone - auch etwas unbürokratischer umgehen können, ohne dass das Recht auf der Strecke bleibt. Wir wollen uns hier zusammensetzen und auch unter Einbindung von betroffenen Einrichtungen gemeinsam versuchen, Dinge etwas flotter abzuarbeiten.

Mittelpunkt unseres sozialpolitischen Handelns ist die personenbezogene Hilfe. Der, der Hilfe braucht, muss sie bekommen, aber anderweitig haben wir auch den Umlagezahlern gegenüber Rechenschaft abzulegen. Deshalb werde ich weiterhin sehr deutlich für Kosten- und Aufgabentransparenz nach außen eintreten. Das Geld, das wir ausgeben, ist richtig angelegt. Denn wenn wir uns heute etwas zurücklehnen können und unseren Haushalt etwas ruhiger diskutieren können, werden wir sicherlich wieder Jahre haben, in denen die Zeiten in der Finanzausstattung wieder anders sind. Da wird der Wind wieder eher ins Gesicht blasen! Auch da müssen wir gewappnet sein, Antworten darauf zu finden. Darauf lege ich auch großen Wert. Deshalb können wir heute, wenn die Finanzen ein bisschen erfreulicher aussehen, auch die Umlagesenkung beschließen. Denn wir können immerhin von 24,8 Punkten auf 22,0 Punkte senken, also um 2,8 Punkte. Wenn ich von einem Bezirk gelesen habe, er hätte die zweitniedrigste Bezirksumlage Bayerns, dann kann ich für uns in Anspruch nehmen, wir haben die höchste prozentuale Senkung.

Aber wie gesagt Entwarnung im Sozialbereich gibt es in finanzieller Hinsicht mit Sicherheit nicht. Die Umlagesenkung beruht ausschließlich auf der positiven Steuerentwicklung aus dem Jahr 2011, und wir bekommen in der Gesamtsumme, auch wenn wir senken, von den Umlagezahlern mehr Geld. Gott sei Dank haben wir potente Umlagezahler, und ich nenne beispielhaft den Landkreis und die Stadt München, die hier sehr gut in der Umlagekraftentwicklung da stehen! Dafür können sich andere Landkreise eher zurücknehmen. Ich habe im Sommer die Gespräche mit den Landräten und Oberbürgermeistern geführt; damals haben wir noch 2,4 Punkte Senkung ins Auge gefasst, aber es hat sich so positiv weiterentwickelt, so dass wir 2,8 Punkte senken können. Aber ich meine auch, wir müssen ehrliche Kommunalpolitik betreiben.

Das ist nicht mehr wie recht als billig, dass in kommunalen Familie ehrlich zueinander sind.. Selbstverständlich wollen wir heute, wenn wir den Haushalt 2013 abschließen und verabschieden wollen, auch die Jahre darüber hinaus im Blick haben. Wir setzen auf Kontinuität. Deshalb ist es auch möglich, dass wir die Schulden reduzieren können. „Schulden machen, wenn notwendig, aber Schulden tilgen, wenn möglich“ ist die Devise, und im Augenblick ist es möglich, zu tilgen. Und als verantwortliche Politiker sollten wir deshalb die Gunst der Stunde nutzen: Wenn nicht jetzt, wann dann? In guten Zeiten, und die haben wir im Moment, wollen wir die Chance nutzen, Schulden abzubauen und zwar - das betone ich - gemeinsam und diese Entscheidung auch gemeinsam tragen.

Wir können auch unsere Rücklage aufstocken, damit wir vernünftig unsere Aufgaben erfüllen können. Und darüber hinaus können wir auch unsere Investitionen angehen und da haben wir in der Tat viel vor. Ich nenne unsere Bezirksgebäude mit dem Rechenzentrum. Gott sei Dank sind wir durch das Konjunkturpaket ja sehr stark bedacht worden. Herr Regierungspräsident Herr Hillenbrand hat wohlwollend an uns gedacht und so konnten wir die Außenfassade mit den Fenstern machen, aber die Schwachstelle liegt noch beim Dach.

Ich denke auch an den „Neubau Glentleiten Eingangsgebäude“, an unser Bildungswerk in Johanneskirchen: Auch hier stehen gewaltige Investitionen für die Zukunft an, die viel Geld kosten werden.

Aber meine Damen und Herren, all die Leistung die wir als Bezirk Oberbayern leisten, müssen eingebracht werden und die werden vom Menschen eingebracht, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Bezirksverwaltung und in all unseren Einrichtungen. Hier ein herzlicher Dank auch an die Einsatzbereitschaft, an die Ausdauer, die Motivation, die hier jeder an seiner Aufgabenstelle leistet.

Und wir haben nicht wenige Projekte und Aufgaben. Im Gesamtbild möchte ich auch noch erwähnen, dass es auch ein paar Schlaglichter gegeben hat, mich freut es ganz besonders, dass wir am Kloster Seeon das Hirschfeldanwesen erwerben konnten, dass wir in unserem Kultur- und Bildungszentrum im Kloster Seeon einige Dinge ansetzen können und weiterentwickeln können, dass wir im Bildungszentrum in Johanneskirchen und am Schafhof neue Leitungen bekommen haben, die Heimatpflege und auch die Fischerei ist personell neu besetzt worden. Und ich darf hier berichten, es ist uns bestens geglückt. Herzlichen Dank an die Motivation all unser neuen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Nun zur erfreulichen Situation unserer kbo Kliniken: Hierzu kommen ja später noch einige Tagesordnungspunkte, zu denen ich dann selbst noch einige Dinge sagen werde. Hier sind wir auf bestem Wege!

Meine Damen und Herren im Bezirkstag, auch bei Ihnen möchte ich mich recht herzlich bedanken für Ihre engagierte Mitarbeit. Aber vor allem auch zunächst dafür, dass Sie Verständnis hatten, als wir unser Ratsinformationssystem eingeführt haben und zunächst nicht gleich alles so rund gelaufen ist. Sie haben aber Verständnis gezeigt und haben uns aufgezeigt wo Engpässe waren.

Meine Damen und Herren, seit über 4 Jahre arbeiten wir nun in dieser Zusammensetzung zusammen. Ich habe mich immer wieder gefreut, dass wir einen absoluten fairen Umgang, trotz unterschiedlicher Auffassung gepflegt haben und auch so miteinander arbeiten. Und ich habe die Bitte, dass wir obwohl im Herbst nächsten Jahres schon die Wahlen anstehen, auch weiterhin so objektiv und parteiübergreifend zusammenarbeiten können. Wir brauchen keinen Wahlkampf innerhalb des Bezirkstags. Wir wollen ihn auch nicht in der Verwaltung, wir wollen weiterhin einen offenen und fairen wertschätzenden Umgang miteinander pflegen. Und so darf ich mich bei Ihnen als Bezirksrätinnen und Bezirksräten recht herzlich bedanken. Ganz besonders darf ich mich bei meinen beiden Vertreterinnen, bei Frau Uschi Bittner und bei Frau Friederike Steinberger, herzlich bedanken. Hier war ein gutes, ein bestes Miteinander, das trägt.

Und ich bitte Sie nun dem Haushaltsentwurf, der Ihnen vorliegt, die Zustimmung zu geben. Herzlichen Dank.

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD

Herr Michael Asam

-es gilt das gesprochene Wort-

Verehrtes Präsidium, Herr Regierungspräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiter der Verwaltung und Bezirkseinrichtungen,
sehr verehrte Damen und Herren,

trotz der erfreulichen Haushaltssituation dürfen wir nicht den Eindruck erwecken, dass mit der Umlagensenkung auch nach 2014 noch gerechnet werden darf.

Umlagekraftsteigerung im Jahr 2012 und 2013 sorgt für diese günstige Ausgangslage

Das Hauptproblem wird auch in Zukunft für die Bezirke und den Kommunen die rasante Entwicklung der Sozialleistungen sein.

Die Sozialausgaben verschlangen in den zurückliegenden Jahren fast 50 Prozent der gesamten kommunalen Steuereinnahmen in Bayern. Daran ist unschwer erkennbar wo die Reise in Zukunft hingehen wird.

Ich nenne hierbei nur den demografischen Faktor – sowie die immer mehr erkennbaren gesamtgesellschaftlichen Probleme und Auswirkungen.

Die Rechtsbestimmungen des sozialen Leistungsrecht nehmen gegenwärtig auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der zur Ausführung verpflichteten Träger zu wenig Rücksicht.

Der ständige Anstieg der Bezirks- und Kreisumlagensätze in der Vergangenheit und ich bin mir sicher, auch in naher Zukunft wieder, führt bei den betroffenen Gemeinden zu enormen Investitionskürzungen, d.h. wichtige Unterhaltsmaßnahmen in der Infrastruktur wie Schulen , Kindertagesstätten, Straßen und vieles mehr bleiben auf der Strecke, was wiederum auch fehlende Aufträge für Handwerk, Handel usw. bedeutet!

Deshalb meine Bitte und Aufforderung weiterhin über alle Parteigrenzen hinweg, die Aufforderung an Bund und Länder so schnell wie möglich ein neues Bundesleistungsgesetz zu verabschieden, das die Kommunen entscheidend entlastet, da das Leistungsrecht der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung das Nachrangprinzip der Sozialhilfe nicht mehr anerkennt.

Die Ausgaben der Eingliederungshilfe in Bayern haben sich in den letzten 10 Jahren explosionsartig mit einer Steigerung von 811 Mio Euro auf Gesamtausgaben von über 2 Mrd. Euro entwickelt. Auch in diesem HH haben wir ja im EPL 4 Soziales eine Steigerung von 55,5 Mio. (und das trotz Mehreinnahmen aus der Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung) zum letzten HH-Jahr zu verzeichnen. Ein Beleg für die zukünftige Entwicklung.

Erfreulich ist, dass die im Personalausschuss beschlossenen zusätzlichen Stellen auch im Haushalt berücksichtigt wurden und wir somit in verschiedenen Bereichen der Sozialverwaltung für eine Entlastung und gleichzeitig verbesserte Bearbeitung die Voraussetzungen geschaffen haben.

Auch freut es uns als SPD Fraktion, dass nun endlich die langwierigen Diskussionen um die Schaffung einer Stelle als Pop-beauftragte(n) zu einem, wie ich meine, gutem Ende geführt haben. Hierbei möchte ich neben vielen, die dabei unterstützend mitgewirkt haben, vor allem unserem Fraktionsmitglied Helga Hügenell, sehr herzlich danken. Sie hat sich in der mit allen Fraktionen besetzten Arbeitsgruppe zu diesem Thema mit großem Engagement eingebracht.

Ich denke, das ist gut so und tut dem Bezirk, auch in seinem Erscheinungsbild bei unseren jungen und noch junggebliebenen Bürgerinnen und Bürgern auch gut, dass der Bezirk sich auch dieser Art von Musikkultur annimmt.

Lassen Sie mich noch auf die Probleme, die uns in Zukunft intensiv beschäftigen werden eingehen.

z.B. muss unser Augenmerk noch mehr auf alternative Behandlungsformen z. B. integrierte Versorgungsangebote auch im Erwachsenenbereich gerichtet werden;

Die Probleme im Pflegebereich (Pflegenotstand) werden eine weitere Herausforderung sein, hier denke ich, muss im klinischen Bereich die Ballungsraumzulage wieder Thema sein, warum soll z.B. eine Krankenschwester der kbo schlechter gestellt sein als eine Verwaltungskraft im Bezirk Oberbayern!

Hierüber müssen wir noch reden und Zukunftslösungen finden.

Das Gleiche gilt für die immer noch bestehende Regelung der Schulgeldzahlung für Auszubildende im Pflegebereich. Vollkommen unverständlich, warum bei diesem nicht einfachen Berufsbild ein Schulgeld entrichtet werden muss !!!

Was ebenfalls noch gelöst werden muss, ist die Rückkehr von ambulanter zur stationären Betreuung;

Hier sollten Modellprojekte zu Wohnformen für Behinderte angeboten werden

Teilweise werden diese Dinge im Zweiten Sozialbericht für den Planungszeitraum 2013-2015 auch beschrieben bzw. angekratzt;

Hierbei möchte ich mich im Namen der Fraktion ganz herzlich bei Hrn. Sonntag und seinem Team für die wieder einmal perfekte Ausarbeitung dieses umfassenden Werkes bedanken. Für uns Bezirksräte eine interessante und wichtige Arbeitsgrundlage.

In diesem Bericht wird auch die zukünftige Problematik der Inklusion angesprochen, die sich für uns alle ja noch sehr nebulös darstellt, weil letztendlich keiner weiß, was da noch auf uns zukommt. Hierbei möchte ich noch darauf hinweisen, dass es uns wichtig war, für die kommenden Haushaltsjahre zumindest 2013-2014 Gelder im Haushalt zu haben, um bei dem Thema Inklusion nicht überrascht zu werden, laut Hrn. Getzlaff sind hierfür entsprechende Polster für unverhoffte Ausgaben berücksichtigt worden.

Lassen Sie mich zu den Kliniken noch einige Worte sagen, es ist mehr als erfreulich, dass wir in der überwiegend defizitären somatischen Krankenhauslandschaft unsere Kliniken wieder einmal sehr erfreuliche Gewinne erwirtschaftet haben.

Warum muss ein Krankenhaus Gewinne einfahren?

Bei der bestehenden Krankenhaus-Finanzierung existenziell ist wichtig, um sich weiterentwickeln, den Standards anpassen zu können und damit eine noch bessere Versorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger bieten zu können.

Dafür möchte ich mich namens unserer Fraktion bei allen Beteiligten, die dazu beigetragen haben, stellvertretend bei dem Vorstand Herrn Spuckti, herzlich bedanken. Einen wesentlichen Anteil daran haben natürlich die Beschäftigten mit ihrer großartigen Einstellung und Verbundenheit zum Unternehmen, viele unbesetzte Stellen wurden in dem abgelaufenen Jahr mit zusätzlichem Einsatz so gut wie es ging, auszugleichen.

Nun möchte ich noch einen Bogen spannen zu einem erneuten Streich des Bundesgesundheitsministers der nach den somatischen Kliniken nun auch das neue Entgeltsystem in der Psychiatrie einzuführen plant, d. h. die bisher mit den Kassen vereinbarten und gezahlten Pflegesätze mit einem pauschalen Entgeltsystem abzulösen.

Ein Wahnsinn, nach den bisherigen Erfahrungen in der Somatik, diesen absolut unsozialen Blödsinn nun auch noch in der Psychiatrie einzuführen. Beispiele, seit Jahren werden die sog. festen Kosten wie Betriebs- und Unterhaltskostensteigerungen z.B. Strom-Wasser-Versicherung – Personal usw. nicht ausgeglichen – dies führt zur gewollten Schließung von Krankenhäusern! Dadurch kann in Zukunft keine wohnortnahe Versorgung mehr gewährleistet werden – gerade im ländlichen Bereich eine drastische Verschlechterung der Daseinsvorsorge. In erster Linie wird unsere ältere Bevölkerung darunter leiden müssen, sowie diejenigen, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Diese Einführung passt so richtig zur zukünftigen Aufgabe bei der Bewältigung der demografischen Veränderungen.

In der Hoffnung, dass unsere gemeinsame Petition vielleicht doch noch zu einer vernünftigeren Lösung führt, möchte ich zum Schluss kommen.

Im Namen der SPD-Fraktion bedanke ich mich ganz besonders bei Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber sowie bei Allen, die bei der Erstellung dieses „Haushaltslexikons“ beteiligt waren. Ein Haushalt, lieber Hr. Getzlaff, wie man ihn sich zum Einstieg nur wünschen kann. Auch bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und allen Einrichtungen für Ihren Einsatz im abgelaufenen Jahr . Auch unserem Kooperationspartner danke ich für die stets gute und konstruktive Zusammenarbeit, wobei ich mir auch sagen traue, es profitieren beide von dieser konstruktiven Zusammenarbeit. Sowie bei allen anderen Fraktionsmitgliedern für die überwiegend doch harmonische Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen, für die wir hier sitzen und schließlich auch gewählt wurden. Dem Präsidenten Josef Mederer für seine aufgeschlossene Art und Arbeitsweise und die gute Einbindung der Fraktionsvorsitzenden in die Verwaltungsarbeit.

Letztendlich wollen wir Alle das Selbe, nämlich für die Menschen, die unsere Hilfe brauchen, auch alles Machbare zu tun und für ihre individuellen Probleme im täglichen Leben Lösungen anzubieten.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir bei vielen Leistungen des Bezirks nicht vergessen sollen, dass jeder ausgegebene Euro letztendlich ein vielfaches an Gewinn zurückbringt. Auch das gehört bei unseren Sozialausgaben immer wieder der Gesellschaft vor Augen geführt.

Prävention ist halt leider nicht so greifbar wie ein direkter wirtschaftlicher Gewinn

In diesem Sinne danke ich Ihnen , dass Sie mir zugehört haben und wünsche Ihnen allen noch eine schöne Adventszeit, ein besinnliches ruhiges Weihnachtsfest und einen frohen gesunden Start in das neue Jahr.

So, dass wir 2013 wieder kräftig anpacken können.

Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen

Frau Martina Neubauer

-es gilt das gesprochene Wort-

Inklusion in aller Munde – aber nicht in den Köpfen.

Das kommende Jahr ist aus Sicht der Kämmerei ein gutes Jahr!

- Mindestzuführung – kein Problem,
- Fallzahlsteigerungen – kein Problem,
- Schuldenabbau – kein Problem.

Das kommende Jahr ist mit Blick auf die Haushaltssituation auch aus Sicht der GRÜNEN ein gutes Jahr.

Wir begrüßen die Konsolidierung des Haushalts, auch und insbesondere mit Blick auf die Aufgaben, die uns im Zusammenhang mit der UN-Behindertenrechtskonvention erwarten und aus Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Es ist erfreulich, dass es aufgrund der guten Wirtschaftslage in Oberbayern zu einer Senkung der Bezirksumlage kommen kann. Und das bei deutlich steigenden Fallzahlen und bei geringeren Mitteln aus dem FAG 15.

Und so wie es aussieht ist es nicht nur ein Wahlgeschenk an die Kommunen, dass die Umlage gesenkt werden kann (das hatten wir auch schon! – und dann musste im darauffolgenden Jahr gleich wieder ordentlich drauf gesattelt werden). Wir werden wohl auch für das Jahr 2014 die geplante Bezirksumlage stabil halten können. Das heißt für die Landkreise und kreisfreien Städte Planungssicherheit, das heißt aber auch für den Bezirk Oberbayern Planungssicherheit wenn die Finanzierung durch den Freistaat sichergestellt und die Solidarität der Bezirke untereinander stabil bleibt. Doch das wissen wir nicht: 1. Wir haben Wahlen danach sehen die Konstellationen auf allen Ebenen (Bezirkstag, Landtag und Bundestag) anders aus und 2. Wir wollen die Finanzierung der Bezirke auf neue Füße stellen. Mit einem Bundesleistungs- bzw. einem Teilhabegesetz würden wir eine zukunftsfähige Grundlage zur Finanzierung der Eingliederungshilfe schaffen, die dann in einem eigenständigen Gesetz verankert und aus der Systematik der Sozialhilfe herausgenommen ist. Dafür lohnt es sich, insbesondere im Sinne der Menschen mit Behinderung, zu kämpfen.

Soziales:

Wie immer liegt unser Hauptaugenmerk auf dem Einzelplan 4 – der Erfüllung unserer Aufgaben im gesamten Sozialbereich. Bei über 90 % unseres Haushalts liegt hier trotz der gesetzlichen Rahmenbedingungen auch der größte gestalterische Spielraum – schon aufgrund der Zahlen. Mit der Fortschreibung des Sozialplans – dafür ein herzlicher Dank an Herrn Sonntag und sein Team – ist ein umfangreiches, detailliertes Grundlagenwerk mit ersten Handlungsempfehlungen geworden. Dieses Werk kann Nein: es muss – so wir es tatsächlich als Grundlagenpapier verstehen – eine gute Basis für das weitere Handeln sein. Was uns fehlt, - ein Aktionsplan für ganz Oberbayern und - eine grundsätzliche Haltung der Verwaltung zu allen aus der UN-Behindertenrechtskonvention ableitbaren Handlungen. Sei es bei der Bewilligung von stationären Einrichtungen, sei es bei dem geringen Steuerungswillen im Hinblick auf die Arbeitswelt für Menschen mit Behinderung, sei es bei der Kooperation mit der Kultusbehörde, um im Bereich schulische Förderung einen vernünftigen Weg einschlagen zu können. (Ganztagsbetreuung versus Heilpädagogische Tagesstätte, Gebärdendolmetscher an Regelschulen, Schulbegleiter an Regelschulen ...) Hier besteht deutlicher Handlungsbedarf! Unsere Befürchtung ist, dass – um ein kleines Beispiel mit enormen finanziellen Potential zu nennen (die Kostensteigerung für 2013 beträgt 23 Mio. €) – die Schulbegleiter nicht an Regelschulen sondern weiterhin vermehrt an den sog. Förderschulen eingesetzt werden. Schauen Sie sich die Zahlen genau an, in welchem Bereich der Bedarf steigt – und lassen Sie uns gemeinsam gegensteuern. Schön, dass es gelungen ist, letztlich über das Gremium GSV, endlich in Richtung „Steuerung“ einen ganz kleinen Schritt weiter zu kommen. Ich hoffe sehr, dass es uns gemeinsam mit den Verbänden gelingen wird, aus den Ergebnissen sinnvolle Steuerungsmechanismen entwickeln zu können, um gute, flexible, wohnortnahe Angebote zu schaffen.

Viel zu oft beschleicht mich das Gefühl, dass viele inzwischen das Wort „Inklusion“ kennen – aber damit nichts anfangen können oder auf der Bremse stehen. Die Umsetzung der UN-BRK hat noch einen langen Weg vor sich. Aber wir sind in der Verantwortung, hier innovativ voranzugehen, anstatt abzuwarten oder im schlimmsten Fall für die nächsten 30 Jahre durch Fehlentscheidungen

betonierte Tatsachen zu schaffen. Es stimmt mich nachdenklich, wenn sich Betroffene an uns wenden, die erklären, dass beim Bezirk Oberbayern ihre Anträge auf Persönliches Budget, auf einen Umzug von einer stationären Einrichtung in das ambulant betreute Wohnen nur sehr zögerlich behandelt werden. Hier können Sie Zeichen setzen, dass es dem Bezirk Oberbayern ernst ist, - ernst mit der Umsetzung der UN-BRK, - ernst mit dem Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen, - ernst mit ambulant vor stationär. In der Hilfe zur Pflege treffen die Prognosen, die seitens des Bezirks Oberbayern getroffen wurden, nicht ganz zu. Vielleicht sollten wir sagen zum Glück. Denn insgesamt sind weniger Menschen in den stationären Pflegeeinrichtungen. Aber vielleicht können wir aus den Zahlen noch etwas ablesen? Ist ein gut ausgebautes System an ambulanten Hilfen und sind neue Wohnformen mit ursächlich dafür, dass ältere Menschen nicht oder recht spät in die Pflegeeinrichtungen gehen? Oder sind es die Angehörigen, die – manchmal selbst am Rande ihrer Kräfte – pflegen? Eine fundierte Analyse ist dringend erforderlich, um ein adäquates Angebot schaffen zu können. Denn eins ist klar: Die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland steigt und die Zahl derjenigen, die in die Pflegeberuf gehen ist gering. Die ambulanten Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Suchterkrankungen sind ein wichtiger Beitrag für die Teilhabe der Betroffenen in ihrem sozialen Umfeld.

Die Regionalisierung der stationären Versorgungsleistungen der Kliniken muss im Einklang mit der ambulanten Versorgung durch die sozialpsychiatrischen Dienste und die Suchtberatungsstellen realisiert werden. Notwendig ist es, das bayerische Rahmenkonzept zur ambulanten Krisenversorgung, das vom Hauptausschuss des Verbands der Bayerischen Bezirke am 18. Oktober verabschiedet wurde, auch umzusetzen. Die im letzten Gesundheits- und Sozialausschuss beschlossenen Kennzahlen der Versorgungsstandards stellen nur eine Beschreibung des Ist-Zustandes dar und dienen als Grundlage für den weiteren notwendigen Ausbau der Versorgung. Die bestehenden Lücken sind schnell zu schließen.

Kliniken:

Die Regionalisierung in den Kliniken des Bezirks Oberbayern nimmt immer mehr Gestalt an, Baumaßnahmen müssen geschultert werden, z.B. in Fürstenfeldbruck oder auf dem Gelände des Münchner Krankenhauses in Schwabing. Ebenfalls versucht die Kinder- und Jugendpsychiatrie neue Standorte zu entwickeln. Für alle diese Vorhaben bräuchten wir eine erhöhte Planungssicherheit, doch leider wird gerade diese durch das neue Entgeltgesetz, das ab 2015 schrittweise eingeführt wird, nicht gegeben sein. Gemeinsam – näheres dann in der anschließenden Resolution - hoffen wir, dass die Arbeit für die schwerstkranken PatientInnen doch noch ihre dringend notwendige Anerkennung - und damit meinen wir nicht nur die ideelle sondern auch die finanzielle Anerkennung - in den entsprechenden Gremien findet. Das Wohl der PatientInnen muss im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen und nicht die Ökonomisierung der Medizin, die schon im Bereich der Somatik ihre seltsamsten Blüten treibt. Unsere Kliniken sind gut aufgestellt und auf einem guten Weg! Wir sind davon überzeugt, hier den richtigen Weg eingeschlagen zu haben.

Energie/Bauen:

Für den Klimaschutz konnten wir dieses Jahr etwas sehr Entscheidendes zum Thema Energiesparen erreichen. Der Bezirk Oberbayern hat nun die „Energiestandards für staatliche Gebäude“ des Freistaates Bayern übernommen. Damit wird bei Neubauten der Passivhausstandard und bei Sanierungen eine Unterschreitung der Energieeinsparverordnung 2009 um mindestens 30% festgeschrieben. Auch weitere Anträge zum Thema Energie wurden schon lange positiv beschieden. Z.B. wurde auf Antrag der Grünen Fraktion 2010 beschlossen, dass grundsätzlich alle geeigneten Dachflächen für die Errichtung von Solarstromanlagen zur Verfügung gestellt werden sollen und zu prüfen, auf welchen Gebäuden Photovoltaik-Anlagen möglichst ab 2011 installiert werden können. Die Umsetzung des Grundsatzbeschlusses lässt aber immer noch auf sich warten. Kostbare Zeit verstrich ungenutzt. Denn zwischenzeitlich haben sich die Rahmenbedingungen der Energieeinspeisevergütung geändert. Damit die Wirtschaftlichkeit von Photovoltaikanlagen auch jetzt noch gegeben ist, muss nun auch die Eigenstromnutzung in die Überlegungen mit einbezogen werden. Eine neue Herausforderung, aber auch eine sinnvolle Überlegung. Wir werden 2013 genau darauf achten, dass diese beiden Beschlüsse auch umgesetzt werden. Denn der Bezirk Oberbayern muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden und das Thema Klimaschutz muss bei unseren Liegenschaften oberste Priorität haben. Auch ein Beschluss von 2006 hat nach wie vor Gültigkeit und

wir werden uns für seine Umsetzung stark machen. Der Beschluss von 2006 lautet: „Bei Ausschreibungen von Baumaßnahmen des Bezirks Oberbayern ist der Baustoff Holz unter besonderer Beachtung der Umweltrichtlinien öffentliches Auftragswesen verstärkt in die Planungsüberlegungen einzubeziehen und auch bei Ausschreibungen entsprechend zu berücksichtigen.“ Im Sinne dieses Beschlusses soll beim neuen Eingangsgebäude des Freilichtmuseums Glentleiten insbesondere der Baustoff Holz in die Planungen mit einbezogen werden. Aufgrund seines CO₂-Vermeidungseffekts und seiner Wirkung als CO₂-Senke ist dem Baustoff Holz auch bei tragenden Bauteilen soweit wirtschaftlich und technisch sinnvoll der Vorzug zu geben.

Kultur:

Auch in diesem Jahr können wir in der Gesamtschau sagen, dass der Bezirk Oberbayern in der Kulturarbeit und Heimatpflege viel Positives bewegt hat. Viele kleine und mittlere Initiativen wurden gefördert, daneben gab es Förder- und Kulturpreise und die fachlich gute Arbeit unserer Einrichtungen, der Verwaltung und der Fachberatungen. Erlauben Sie mir, dass ich einige wenige exemplarisch herausgreife. Unser Kultur- und Bildungszentrum, Kloster Seeon, erhält durch den Erwerb des neuen Gebäudes eine Abrundung, die letztlich zu einer weiteren Aufwertung führen wird. Jetzt gilt es, gemeinsam mit den Akteuren vor Ort ein gutes, zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln. Denn wir werden hier in den nächsten Jahren auch viel Geld investieren! „More than honey“ – dieser eindrucksvolle Dokumentarfilm bestätigt die Wichtigkeit unserer Imkereifachberatung, die große Anerkennung weit über die Grenzen Oberbayerns hinaus genießt. Sei es bei der Ausbildung des Nachwuchses, der kritischen Begleitung, wenn es aufgrund von Pestizid- oder Beizmitteleinsatz wieder einmal zu einem Bienensterben kommt, oder bei der Beratung der Imkerinnen und Imker. Im kommenden Jahr dürfen wir uns wieder auf die Oberbayerischen Kultur- und Jugendkulturtage freuen. Die „Austragungsorte“ haben sich in den letzten Jahren einen Wettbewerb der kreativsten Ideen und der meisten BesucherINNen geliefert.

Bezirksjugendring:

In der Jugendarbeit, die uns sehr am Herzen liegt, gibt es ein gutes, kooperatives Miteinander mit dem Bezirksjugendring. Der Ausbau der Medienfachberatung ist dringend erforderlich und daher zu begrüßen. Bei der Einrichtung des Stelle des/der Populärmusikbeauftragten, die wir grundsätzlich mittragen, werden wir sehr genau darauf achten, dass die Kooperation mit den Akteuren der Jugendarbeit funktioniert.

Dank:

Unser Dank gilt zunächst der Finanzverwaltung, der es gelungen ist, den Haushaltsentwurf in einem transparenten Verfahren aufzubereiten, der Fraktion vorzustellen und in den Gremien zu beraten. Dafür Herrn Getzlaff und seinem Team ein herzliches Dankeschön. Danken möchte ich im Namen der Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Einrichtungen und der Kliniken des Bezirks Oberbayern. Danken für Ihr Engagement und Ihren Einsatz. Unser Dank gilt dem Gesamtpersonalrat und dem Betriebsrat sowie dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der Kliniken. Danken möchte ich auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen und dem Präsidium, für ein faires, offenes Miteinander.

Ihnen Allen frohe Festtage, eine geruhssame Zeit „zwischen den Jahren“, ein gesundes und glückliches Neues Jahr. Auch wenn den meisten jetzt aufgrund der bevorstehenden Wahlkämpfe eine intensive Zeit bevorsteht, sollten wir alle nicht vergessen, dazwischen auch einmal durchzuschneifen und zur Ruhe zu kommen.

**Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler
Herr Rainer Schneider**

-es gilt das gesprochene Wort -

Verehrtes Präsidium,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

die Fraktion der Freien Wähler hat sich intensiv mit dem Haushaltsentwurf auseinandergesetzt.

Ein Punkt ist unserer Fraktion dabei bislang unklar. Es handelt sich hierbei um den Neubau des Eingangsgebäudes und die Ertüchtigung der Gastronomie im Freilichtmuseum Glentleiten. Die dafür notwendigen Summen in Höhe von mehr als € 10 Mio. konnten bislang einer Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht standhalten. Ebenso wurde bis jetzt nicht dargelegt, welche Auswirkungen die Ertüchtigung der Gastronomie auf die umliegenden gastronomischen Betriebe hat. Auch diese Konkurrenzsituation ist bei einer derart großen Neubaumaßnahme zu berücksichtigen. Allerdings sieht die Fraktion der Freien Wähler natürlich auch, dass nunmehr die vielleicht nicht wiederkehrende Chance der Finanzierbarkeit einer attraktiven Lösung für Eingang und Gastronomie auf der Glentleiten gegeben ist. Dies hat unsere Fraktion dazu bewogen, die Bedenken gegen das Vorhaben zurückzustellen und zu einem einmütigen Urteil zu kommen.

Dem Haushaltsentwurf wird zugestimmt.

Die Gründe dafür sind relativ schnell dargelegt.

Zum 1. ist die Senkung der Bezirksumlage um 2,8 Prozentpunkte auf nunmehr 22 % gerechtfertigt und auch im Innenverhältnis der kommunalen Familie ausgewogen.

2. Es wird die von unserer Fraktion des Öfteren geforderte Rücklagenhöhe auf dem Niveau ständig vorhandener Liquidität, also bei rund 80 Mio. Euro, festgelegt.

3. Die Schuldentilgung wird in einem angemessenen Rahmen vorgenommen und damit die Gesamtsituation des Bezirkshaushalts konsolidiert.

An dieser Stelle möchte ich nochmals einen herzlichen Dank an Herrn Getzlaff aussprechen, der unserer Fraktion jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung stand und bei Fragen die einzelnen Problemfelder ausführlich erläuterte.

Ebenso gilt der Dank Herrn Bezirkstagspräsidenten Mederer und seinem gesamten Team für das stringente Wirtschaften und die stetige Überprüfung der Notwendigkeit von Ausgaben.

Mit dieser Vorgehensweise werden Sie, sehr geehrter Herr Präsident, die Freien Wähler stets an Ihrer Seite finden, um die wirtschaftliche Basis, für die gemeinsame Bewältigung der noch vor uns liegenden gewaltigen Aufgaben, insbesondere im Bereich der Inklusion, zu legen.

Verehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
im Namen der Fraktion der Freien Wähler, wie auch persönlich, danke ich Ihnen für die stets konstruktive und teilweise auch sehr freundschaftliche Zusammenarbeit und wünsche Ihnen eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und viel Gesundheit, Glück und Erfolg im Jahr 2013.

Herzlichen Dank.

Haushaltsrede der Vorsitzenden der FDP
Frau Sigrid Friedl-Laussenmeyer
-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

für die Haushaltsplanungen wurde vereinbart, dass es in 2013 keine Kreditaufnahmen geben wird und die Konsolidierung des Haushaltes fortgeführt werden soll. Dank der Steigerung der Umlagekraft in den Landkreisen von rund 13 % und mithin einer Umlagekraft von 5,2 Mrd. Euro - sowie dank der Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung mit 75% - kann nicht nur dieses Ziel erreicht werden, sondern außerdem kann sich der Hebesatz um 2,8 Prozentpunkte senken auf 22,0%. Die Solidarität mit den anderen Bezirken, deren Umlagekraftsteigerung deutlich niedriger ist und die unseren Hebesatz um 0,46% erhöht, ist zu begrüßen. Wir hoffen zusammen mit Herrn Getzlaff, dass im nächsten Jahr keine Steigerung des Hebesatzes erfolgen muss.

Das ist ein Haushalt, der in gewisser Weise Freude macht. Besonders, wenn man auch erlebt wie im Kreistag dann eine Lobeshymne auf den niedrigen Hebesatz gesungen wird und man dadurch auf der 2. und 1. komm. Ebene wieder etwas besser planen kann. Ich bin sicher, dass in vielen Landkreisen - wenn man z.B auch die Tabelle der Schlüsselzuweisungen des Freistaates betrachtet - jetzt nicht plötzlich zu viel Geld da ist, sondern endlich dringend notwendige Maßnahmen finanziert werden können. An dieser Stelle seufzen wir Liberale aber wieder über das Umlage-System und haben die Vision von einem eigenen Anteil an der Einkommensteuer oder Ähnliches, die die kommunalen Ebenen von dem Mantra der Schwankungen der Umlage befreien könnte. Wir müssen damit leben, noch.

Zurück zur Freude über diesen Haushaltsplan: Die aktuelle Situation ist erfreulich, ja. Der Blick in die Zukunft zeigt aber, dass vor allem Wachsamkeit, Besonnenheit und kluge Strategie gefordert ist, um den auf uns zukommenden Anforderungen gerecht zu werden.

Kosten / -steigerungen

Wir sind mit der Tatsache der Kostensteigerung im sozialen Bereich konfrontiert und dürfen diese nicht übersehen. Die reine Kostensteigerung beträgt rund € 70 Mio. im Vergleich zum laufenden Haushalt 2012, wovon nach Abzug des Bundeszuschusses zur Grundsicherung beim Bezirk immerhin Mehrausgaben von € 56 Mio. verbleiben. Diese Mehrausgaben fallen vorwiegend in den Bereichen „Hilfe zur Pflege / Hilfe im Alter“ sowie im Bereich der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung an.

Die Gründe des Anstiegs im Bereich Hilfe zur Pflege sind bekannt: „Demographischer Wandel“, sprich, mehr Menschen, die mit zunehmendem Alter auch pflegebedürftiger werden, die damit einhergehenden ansteigenden Personal- und Sachkosten und die Tatsache, dass durch die 1995 eingeführte Pflegeversicherung nur eine Teilabdeckung der tatsächlich entstehenden Pflegekosten erfolgt. Das führt dazu, dass wir uns in den nächsten Jahren verstärkt im Rahmen der Daseinsfürsorge beteiligen müssen.

Wir setzen uns für eine wohnortnahe pflegerische Versorgung ein – und wir wollen nicht, dass irgend ein Bürger Oberbayerns gegen seinen Willen zur Pflege ins Ausland abgeschoben werden muss, wie dies vor einigen Wochen in den Medien diskutiert worden war. Zwar sind hier durch Bundesgesundheitsminister Bahr erste Schritte in Richtung Reform und besserer Ausstattung der Pflegeversicherung eingeleitet worden, jedoch sind diese noch unzureichend. Wir als liberale Bezirkstagsfraktion halten es für sinnvoll, dass zur langfristigen Sicherung der „Hilfe zur Pflege“ eine verstärkte Landes- und Bundesbeteiligung an den Ausgaben der kommunalen Ebene stattfindet, vergleichbar der Beteiligung im Bereich der Grundsicherung.

Der Bezirk gibt für die Förderung am Arbeitsleben € 119 Mio. aus. Es ist für einen Menschen mit Behinderung, der sich am 1. Arbeitsmarkt probieren möchte, aber leider kaum möglich, wieder in eine Werkstatt zurückzukehren oder zumindest dort eine betreuerische oder fördernde, bedarfsge-rechte Anbindung zu haben, denn die Angebote für „Werkstätten“, „Hilfsfirmen am zweiten Ar-beitsmarkt“ und „Erster Arbeitsmarkt“ sind derzeit zu wenig durchlässig und zu wenig miteinander verzahnt. Es ist schwierig für alle Protagonisten, neue Wege auszuprobieren. Die Hilfesysteme sind zu verzweigt, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer verlieren sich im Dschungel der Bürokratie. Aller-dings ist der Bereich der so genannten Hinzuverdienstarbeitsplätze, v.a. für Menschen mit psychi-scher Behinderung, mit über 1000 eingerichteten Plätzen in Oberbayern vorbildlich und soll weiter ausgebaut werden.

Im Bereich der psychiatrischen Regelversorgung Oberbayerns setzen wir Liberale auf den Ausbau der gemeindenahen, ambulantisierten Versorgungsstruktur. Leider nehmen bei Kindern die psy-chischen Problemstellungen massiv zu, aber gerade im Kinder- und Jugendbereich ist die psychi-atrische Versorgung in der Fläche in den ländlichen Gebieten Oberbayerns durch niedergelassene Psychiater und Psychologen nur unzureichend oder nicht vorhanden. Die Unterversorgung durch die Errichtung von Ambulanzen muss zwingend ausgeglichen werden. Hier hat das KBO dan-kenswerter Weise erste gute Schritte unternommen.

Für die Menschen, bei denen ein stationärer Aufenthalt unumgänglich wird oder ist, wollen wir an-gesichts der Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention sowie der Rechtsprechung u.a. des Bundesverfassungsgerichts das veraltete Bayerische Unterbringungsgesetz reformieren und modernisieren, weil es gemäß dem Polizeirecht des 19. Jahrhunderts den psychisch Erkrankten als „Störer der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ in den Mittelpunkt stellt und weniger den Men-schen sieht, der an einer psychischen Behinderung leidet. Dazu haben wir auf der Verbandsver-sammlung der Bayerischen Bezirke einen entsprechenden Antrag eingebracht, der nun weiter ver-folgt wird.

kbo-KU

Insgesamt war das Jahr 2012 für uns Oberbayern mit Blick auf die psychiatrische Versorgung aber ein gutes Jahr. Das ist mit Blick auf das kbo-KU, auf Sie, sehr geehrter Herr Spuckti, und die Ge-schäftsleitung, die Verantwortlichen in den Kliniken und vor Allem auch die vielen Mitarbeiter mög-lich: Sie haben 2012 erneut bewiesen, dass das Vertrauen, das der Bezirkstag in Sie alle setzt, uneingeschränkt gerechtfertigt ist. Auch wenn noch nicht alles hundertprozentig mustergültig ist: das kbo-KU ist auf einem sehr guten Weg. Ihnen sehr geehrter Herr Spuckti und Ihren Mitarbeitern vielen Dank für das Geleistete und auch dafür, dass Sie ein Thema nach dem anderen tatkräftig anpacken.

Dank des Aufbaus einer sehr professionellen internen Revision, dank der Einführung von Quar-talszahlen für den Verwaltungsrat und dank des modernen konzernweiten Risikomanagements zeigen Sie deutlich, dass sich das kbo-KU in ein gut geführtes, modernes Unternehmen weiterent-wickelt hat. Mit den Geldern der oberbayerischen Bürger gehen Sie mit der gebotenen Sorgfalt um. Auch mit dem neuen Markenbild und dem ehrgeizigen Personalentwicklungsplan sind sie zu-kunftsweisende Schritte gegangen.

Die Strategie, weiter konsequent auf Dezentralisierung, Entstigmatisierung und den Ausbau der ambulanten und teilstationären Versorgung zu setzen, ist für uns Liberale ohne Alternative. Insbe-sondere begrüßen wir, dass 2012 die Einrichtung einer geschlossenen Übergangseinrichtung und der Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie beschlossen wurden.

Die Einführung des neuen pauschalierten Entgeltsystems für die Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) stellt das kbo-KU vor unerwartete und teilweise vor hoch problematische Herausforderun-gen. Ohne große Übertreibung kann man bei der Einführung des PEPP von der größten Umwäl-zung in der Psychiatrischen und Psychosomatischen Versorgung seit Jahrzehnten sprechen. Wir als FDP Bezirkstagsfraktion werden das uns Mögliche unternehmen, um die größten politischen Fehlentwicklungen im neuen Entgeltsystem zu verhindern und wir werden das kbo konstruktiv bei der Einführung und der weiteren Entwicklung begleiten.

GSV

2008 wurde das Gremium zur Gesundheits-, Sozial- und Versorgungsplanung eingeführt, um die Verzahnung unterschiedlicher Institutionen wie Krankenkassen, Pflegekassen, Reha der Rentenversicherung, Arbeitsamt, der Städte und Gemeinden, des Freistaats Bayern sowie des Bezirks in Zukunft besser zu verzahnen. Bei dieser Art Runder Tisch aller Beteiligten gehen für die Zukunft wichtige Impulse und Projekte aus, aber hier muss der Bezirk den Mut zeigen, sich noch mehr einzubringen um die Koordination der Hilfeträger voranzubringen.

Etwa das erfolgreiche Musterprojekte im Landkreis Weilheim-Schongau ist im gsv-Gremium angestoßen worden. Wir Liberale beantragten eine Projektgruppe zu „Prävention und Best Practice – Vermeidung von Gewalt in Einrichtungen in Oberbayern“, die sich für einheitliche Standards der Vermeidung von sexuellem Mißbrauch und anderer Gewalt einsetzen soll. Das große Interesse an diesem Projekt unter Leitung meines Kollegen Dieter Rippel zeigt seine Sinnhaftigkeit auf, und es werden in einem ersten Schritt gemäß dem neuen Kinderschutzgesetz verbindliche Qualitätsrichtlinien für die stationären Einrichtungen von behinderten Kindern und Jugendlichen erarbeitet. Mancher Einrichtungsträger, auch und gerade im kirchlichen Bereich, wird sich hierbei noch bewegen müssen.

Werkstätten, betreutes Wohnen

Die beiden größten Einzelposten des Haushalts sind jedoch nach wie vor mit € 270 Mio. die „Leistungen in den Werkstätten“ sowie für „Leistungen zur Teilhabe am Leben und betreutes Wohnen“ € 297 Mio.

Für die Bereiche des Wohnens, der Tages- und Förderstätten, halten wir den Paradigmenwechsel weg von einer starren institutionellen Pauschalförderung hin zu einer individuellen, an den einzelnen Bedarfen ausgerichteten Förderung für essentiell. Wir Liberale lehnen eine zu starre Kategorisierung zur finanziellen Festsetzung des Förderbedarfs ab, denn dabei würden mehrfach Behinderte letztendlich auf der Strecke bleiben. „Hilfe zur Selbsthilfe“, selbstbestimmtes Leben ist auch und gerade uns Liberalen ein großes Anliegen. Es soll da angewendet werden, wo es möglich ist. Wenn sich ein Mensch mit Behinderung jedoch nicht entsprechend äussern kann, muss man kreativ werden, reine Leistungsorientierung würde hier nur Benachteiligung bringen. Nicht sichtbare Behinderungen können oft und leicht zu falschen Schlüssen führen, deswegen darf man nicht kategorisieren und schematisieren über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg.

Inklusion

Die weitere Steigerung der Ausgaben findet im Bereich der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung statt. Dies ist zum Einen weiterhin steigender Fallzahlen geschuldet, immerhin sind rund 10% der Menschen in unserem Land von einer Behinderung betroffen, sowie den verpflichtenden Maßnahmen zur Inklusion, für die für Schulbegleitungen eine große Summe ausgegeben wird. Wir Liberale halten es für wichtig und setzen uns dafür ein, dass Schulbegleitung in die Schulfamilien im Bereich des Bayerischen Schulministeriums mit integriert wird.

Wir halten auch eine Öffnung der Förderschulen für Menschen ohne Behinderung im Sinne der Inklusion für wichtig. Wir lehnen eine generelle Abschaffung des Förderschulwesens ab – dadurch würde nicht nur ein zu heftiger Strukturwandel zu Verunsicherung und Ungerechtigkeiten führen, sondern es würden einschlägige, unverzichtbare Kompetenzen verloren gehen. Die UN-Konvention sieht ein Wahlrecht vor und fordert nicht eine einseitige Umstrukturierung, die bestenfalls einer Ideologie, nicht aber den Menschen dienen würde.

Für uns Liberale ist Inklusion nicht nur ein Schlagwort, das schon keiner mehr hören will. Viel zu sehr ist in der Gesellschaft noch verhaftet, dass doch genug für Menschen mit Behinderung getan würde, wir hätten doch gute Förderschulen, und, fast wörtlich wurde mir gesagt: Bei uns ist doch die Welt für die Behinderten in Ordnung. Mit Betroffenen selbst hat aber keiner gesprochen. Der Paradigmenwechsel hat noch längst nicht die breite Öffentlichkeit erreicht, da gibt es noch viel zu tun!

Wir wissen, dass wir einfühlsame Antworten zu den vielen Fragen finden müssen, welche die Forderung nach Inklusion auslösen. Wir brauchen weitere innovative Ideen und Initiativen, um Inklusion anzukurbeln für selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftl. Leben, am Arbeitsleben, für mehr Eigenverantwortlichkeit auch für Menschen mit Behinderung. Auch an dieser Stelle nochmals: Es liegt in der Verantwortung Aller, das Bundesleistungsgesetz voranzutreiben und umzusetzen!

Rückschau + Dank

Vor vier Jahren fand die konstituierende Sitzung des Bezirkstages für diese Wahlperiode statt. Wir sind mit dem Anspruch angetreten, uns für diese dritte kommunale Ebene mit ihrer Aufgabenstellung für die Belange der Menschen in sozialer, kultureller und umweltpolitischer Hinsicht einzusetzen, einzusetzen auch für Klarheit und Transparenz beim Haushalt, einzusetzen für eine bessere Wahrnehmung unserer Aufgaben in der Öffentlichkeit. Ich muss sagen, es hat sich in diesen vier Jahren wirklich viel getan - viel muss weitergeführt, weiter verbessert werden,

- Z.B. gibt es den Sozialbericht - bei dem, vielen Dank Herr Sonntag, auch unsere Anmerkungen und Ergänzungen berücksichtigt wurden. Hier gilt jedoch, um es kurz zu fassen: „Liebe im Herzen zu haben und auf der Zunge - das genügt nicht. Sie muss in Taten übergehen“, wie der Hl. Vincenz von Paul schon sprach.

- Beim HMBT-Verfahren wurde diskutiert, heftig diskutiert, es konnte eine Annäherung erzielt werden zwischen Trägern und Verwaltung, beide sind aufeinander zugegangen.

- Der weitere Rückgang der unbesetzten Stellen zeugt von aktivem Handlungswillen der Verwaltung.

- Es gibt einen Tag der offenen Tür, der besonders dieses Jahr sehr erfolgreich war, auch Dank des Leiters des oberbayerischen Volksmusikarchivs, Herrn Schusser, der in bewundernswerter Weise mit Musik viele zusätzliche Besucher in das Haus gelockt hat.

- Wir konnten anstoßen, bewirken, mit initiieren - z.B. dass wir Anträge per Email senden können, ein Informationsportal im Internet bekommen.

- Die Zeit brachte mit sich, dass sich in kulturellem Bereich eine Veränderung anbahnte. Wir haben einen neuen Bezirksheimatpfleger, Herrn Dr. Göttler. Am Beispiel seines Wirkens lässt sich erkennen, wie wichtig und richtig es ist, aufbauend auf dem soliden Grundgerüst der Tradition, des Überkommenen, des Althergebrachten, sich neuen Anforderungen, neuen Ideen, einer neuen Gangart zu öffnen. Ich konnte selbst einer gut besuchten Veranstaltung des Bezirksheimatpflegers beiwohnen, in Dachau im Schloss, wo er mit dem Schriftsteller Johano Strasser und dem früheren Kultusminister Prof. Hans Maier über „Heimat“ diskutierte. Es ist eine Kunst, eine Epoche des Wirkens glanzvoll bestehen zu lassen, sich aber aktiv einer neuen Epoche zuzuwenden. An seinem Beispiel können wir die ganze Arbeit des Bezirks fest machen: Den Wandel der Zeit respektieren und aktiv begleiten.

- Und, ein weiteres Beispiel, ein besonders positives, für einen sich öffnenden, bürgerfreundlichen Bezirkstag: Gerade vor drei Tagen fand das Projekt DeMO wieder statt. Jugendliche - vorwiegend Schülersprecher - erfahren bei einem dreitägigen Workshop viel über den Bezirkstag. Sie besuchen Einrichtungen, diesmal z.B. Ausstellung von Andreas Kuhnlein, „Berührt“, Besuch der Förderstätte Unterschleißheim, Besuch der Bezirksverwaltung, des Isar-Amper-Klinikums Mü-Ost und der Perspektive GmbH. Die Jugendlichen hatten auch Gelegenheit, an der vorgestrigen Verleihung des Inklusionspreises teilzunehmen, und ich freue mich ganz besonders über einen blog-Beitrag auf der DeMO-Internetseite, in dem es heißt: „Alles in allem war es ein interessanter Ausflug und ich hoffe, dass Inklusion weiterhin ein Thema bleibt und nicht einfach in nächster Zeit unter den Tisch fällt.“

In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, dass die Rede des ehemaligen Landtagspräsidenten Alois Glück ein Highlight war, in der er unter anderem feststellte, dass die UN Behindertenrechtskonvention die Ausgestaltung des Artikel 1 GG betreffend die Würde des Menschen darstellt. Eine schlichte, aber wichtige und richtige Feststellung.

Mir bleibt zu sagen, dass die FDP Fraktion mit großer Mehrheit dem Haushalt 2013 zustimmen wird, und

zum Schluss möchte ich mich im Namen der FDP Fraktion herzlich bei der Verwaltung für die immer freundliche Zusammenarbeit bedanken. Natürlich ganz besonders bei Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, der uns den Bezirkshaushalt eindrücklich, verständlich nahegebracht hat und dessen Arbeit wir ausdrücklich sehr lobend erwähnen wollen. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrter Herr Präsident, danke ich im Namen der FDP Fraktion für konstruktives und immer faires gemeinsames Wirken und ich hoffe und freue mich darauf, dass wir weiterhin mit unseren verschiedenen politischen Gesinnungen respektvoll umgehen. Ihnen allen eine frohe Weihnachtszeit.

**Haushaltsrede von der Gruppierung „Die LINKEN“ vorgetragen durch
Frau Beate Jenkner
-es gilt das gesprochene Wort-**

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Bezirk Oberbayern kann für 2013 eine Senkung der Umlage verkünden. Aufgrund der aktuellen günstigen Haushaltslage soll dem Schuldenabbau eine hohe Priorität eingeräumt werden. Die vermehrten Erstattungsleistungen durch den Bund bei der Grundsicherung wirken sich ebenfalls positiv aus.

Das alles kommt den Umlagezahlern zu Gute. Wir begrüßen das natürlich.

Doch trotz der positiven Meldungen sind viele Probleme nicht gelöst. Nur einige Beispiele:

Beispiel Pflege:

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen nimmt weiter zu. Gleichzeitig gibt es in den Pflegeheimen einen steigenden Fachkräftemangel. Die vielen Mißstände in Pflegeheimen sind das Ergebnis von Personalmangel und schlechter Bezahlung. Die Soll-Stärke des Personals ist von den Kostenträgern viel zu eng berechnet. Eine finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung des Pflegeberufs ist schon lange überfällig. Viele alte Menschen haben Angst, in ein Pflegeheim zu gehen. Der Bezirk kann Einfluss auf das Heim nehmen. Er zahlt für bedürftige Heimbewohner.

Für Heime, in denen Mißstände herrschen, kann die Übernahme der Kosten auch verweigert werden.

Die Alternative zum Heim ist die Versorgung zu Hause. Aber auch hier reicht die Anzahl der Pflegedienste für ambulante Betreuung nicht aus. Ambulant vor stationär setzt voraus, dass entsprechende Dienste in ausreichendem Maße vorhanden sind.

Beispiel Werkstätten für behinderte Menschen:

Ziel der Werkstätten für behinderte Menschen sollte es sein, möglichst viele Beschäftigte in den 1. Arbeitsmarkt oder in alternative Beschäftigungsformen zu integrieren. Im Oktober stellte die zuständige Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder ihre Ergebnisse zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe in Hannover vor. Der Bundesbehindertenbeauftragte Hubert Hüppe forderte bereits Korrekturen. Es zeichnet sich ab, dass die Hürden für alternative Leistungsanbieter zu Werkstätten für behinderte Menschen viel zu hoch sein werden. Nach Hüppes Meinung sind die vorliegenden Ergebnisse sehr enttäuschend. Wir erwarten, dass der Bezirk sich dafür einsetzt, dass alternative Leistungsanbieter unterstützt werden und der Wechsel von der Werkstatt in eine andere Beschäftigungsart wesentlich erleichtert wird.

Dazu kommt, dass immer mehr Menschen vom 1. Arbeitsmarkt in die Werkstätten kommen. Der Grund ist die steigende Anzahl psychischer Erkrankungen. Viele Menschen sind dem Arbeitsdruck nicht mehr gewachsen, leiden unter Mobbing oder Burn-Out. Die Chancen, behinderte Menschen in Beschäftigungsverhältnisse außerhalb der Werkstätten zu bringen, sinken. Unserer Ansicht nach wird der Bezirk dazu genötigt, gesellschaftspolitische Verfehlungen aufzufangen, die er nicht verursacht hat. Der Bezirk muss deutlich machen, dass dies nicht seine Aufgabe ist.

Alarmierend ist der Anstieg der Bedarfe in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Selbst wenn man zugrunde legt, dass durch bessere Diagnostik und mehr Sensibilität in dem Bereich die Fallzahlen steigen, reicht dies als Antwort nicht aus.

Es gibt massive Engpässe im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Aufgrund des Fachärztemangels, vor allem auf dem Land besteht akute Unterversorgung und es fehlen Plätze für eine stationäre oder ambulante Versorgung. So sind bei ambulanter Versorgung Wartezeiten von mehreren Monaten normal.

Eine zufriedenstellende Versorgung sieht anders aus.

Ein großes Thema bei den Bezirken ist die Inklusion

Dass sich der Bezirk das Thema Inklusion auf die Fahnen geschrieben hat, wird von der Linken uneingeschränkt unterstützt.

Ich denke es besteht Einigkeit darüber, dass Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und nicht allein auf die Bezirke abgeschoben werden darf.

Inklusion beginnt bereits im Kindesalter. Das Thema Schulbegleitung ist hier nur ein Beispiel.

Nach den jüngsten Zahlen des Verbands der bayerischen Bezirke hat sich die Zahl der Schulbegleiter in Bayern insgesamt innerhalb weniger Jahre verfünffacht.

Es muss klargestellt werden, dass SchülerInnen, die eine Regelschule besuchen wollen, keine Bittsteller bei der Sozialhilfe sein dürfen. Bund und Land haben die Kosten für die Beschulung zu tragen.

Wir unterstützen daher die Forderungen des Präsidenten des Verbands der bay. Bezirke Herrn Jürgen Reichert, dass Schulen künftig pädagogische Assistenz zur Verfügung stellen und dass die Regelschulen den Förderbedarf von Kindern abzudecken haben – mit sonderpädagogischer Kompetenz. Dringend erforderlich ist die Ausbildung der Lehrer an Regelschulen im Bereich der Sonderpädagogik. Gefordert wird auch die Bereitstellung von Gebärdendolmetschern für hörbehinderte Kinder.

Behinderte Menschen dürfen nicht in die Sozialhilfe abgedrängt werden. Das Recht auf Teilhabe muss einkommens- und vermögensunabhängig ausgestaltet werden.

Fazit:

Der Bezirk kann bei allen Bemühungen Defizite und Fehler der Politik nicht auffangen. Er ist auch nicht dafür zuständig, die politischen und gesellschaftlichen Mißstände allein auszubaden.

Es fehlt immer noch ein Bundesleistungsgesetz, dass Bund und Land je zu einem Drittel an den Sozialkosten beteiligt. Dies muss noch viel vehementer eingefordert werden.

Unserer Meinung nach ist der demographische Wandel nicht schuld an leeren Kassen und Fachkräftemangel.

Schuld sind vielmehr die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen und das politische Versagen. Die Menschen sollen immer gebildeter, immer mobiler, immer flexibler sein für immer weniger Lohn. Über 30 Prozent der unter 34-Jährigen haben lediglich ein befristetes oder sonst wie ungesichertes Arbeitsverhältnis. Immer mehr Menschen müssen trotz Arbeit ihren Unterhalt mit Hartz-IV aufstocken. Der massenhafte Anstieg von Billiglöhnen, Leiharbeit und frauendiskriminierenden Minijobs sorgt dafür, dass die Menschen kaum etwas in die Kassen einzahlen können.

All diese Menschen werden im Alter arm und auf Sozialhilfe oder Grundsicherung angewiesen sein. Sie werden auch kein Pflegeheim oder eine Betreuung zu Hause finanzieren können. Die Kommunen können diese Last, zusammen mit den noch zu erwartenden Finanzeinbußen im Zuge der Krise, nicht alleine bewältigen.

Wir wehren uns dagegen, dass die Kommunen und die Bezirke mit den Folgen der von der Bundesregierung forcierten Armutspolitik im Regen stehen gelassen werden.

Wir stimmen dem Haushalt des Bezirks dieses Jahr zu.

Wir möchten aber betonen, dass wir von der Linken die weiter vorangetriebene Privatisierung der KBO-Kliniken strikt ablehnen. Wir werden auch darauf achten, dass es keinerlei Einsparungen auf Kosten der Hilfebedürftigen oder des benötigten Personals gibt.

Wir wünschen uns für die Zukunft, dass die Menschen in diesem Land die Hilfen, die sie benötigen, ohne Wenn und Aber erhalten.

**Haushaltsrede von der Gruppierung ÖDP vorgetragen durch
Frau Bezirksrätin Johanna Schildbach-Halser**
-es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer,
sehr geehrte Vizepräsidentinnen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Mitarbeiter der Verwaltung,

als ÖDP Bezirksrätin möchte ich auch noch Anmerkungen und Überlegungen zu dem vorgelegten Haushalt machen.

Wenn ich auf meinen letztjährigen Befürchtungen in meiner Haushaltsrede zurückblicke, scheint es so, als ob meine Befürchtungen unbegründet waren.

Der diesjährige Haushalt ist solide, wir können Schulden abbauen, die Vertreter der Einrichtungen sind mit den Verhandlungsergebnissen zufrieden und es hat sich anscheinend alles zum Guten gewendet. Die Landkreise und Gemeinden werden befriedet und entlastet, der Staat beteiligt sich an den steigenden Sozialkosten und wir können offensichtlich beruhigt in das neue Jahr gehen. Dennoch kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der kommende Wahlkampf einen nicht geringen Einfluss auf das Ergebnis hat.

Anstelle von so hoher Umlagesenkung hätten wir unseren Investitionsstau mehr abbauen und bekannte Versorgungsmängel abbauen können.

Auch weiß jeder von uns, dass der Geldsegen aus den kommunalen Umlagen in Zukunft nicht so hoch bleiben wird. Wirtschaftsverbände und Finanzfachleute warnen vor einem Konjunktur einbruch und sagen sinkende Einnahmen voraus.

Wenn heute der Haushalt mit großer Einigkeit und Mehrheit verabschiedet wird, ist die Welt in Oberbayern dennoch nicht in Ordnung.

Die Probleme des uns anvertrauten Personenkreis nehmen im erschreckenden Maße zu. Ich habe mir einige Schlagzeilen aus dem Pressespiegel vom 5.12.2012 notiert.

- Interview zum Pflegenotstand: „Ich empfinde Hoffnungslosigkeit“
- Pflege wird zu Kostenfalle im Alter
- Bayern: „Antifolterstelle soll Heime prüfen“
- Was tun gegen Pflegenotstand Frau Ministerin?
- Akten statt Altenpflege
- In Bayern gibt es zu wenig Dolmetscher für Gehörlose

Hinter jeder dieser Schlagzeilen verbergen sich menschliche Schicksale.

Wie können wir angesichts des zunehmenden Leids zufrieden sein?

Ich möchte ein paar Themen herausgreifen die ich aus eigener Erfahrung belegen kann und Sie – uns die Mitglieder des Bezirkstags von Oberbayern bitten: „Lasst uns dringend was dagegen tun!“

Der Pflegenotstand trifft Oberbayern hart. Angesichts des gravierenden Fachkräftemangels müssen wir dringend die Kapazitäten bei der Pflegeausbildung erhöhen. Wir müssen als Bezirk unsere Möglichkeiten nutzen und auf die Pflegemissstände in den Alten-Pflege- und Behindertenheimen verursacht durch den Personalmangel reagieren. Die Wohlfahrtsverbände sind unsere Partner.

Pflegeexperte Fussek sagt: ich zitiere: „Es ist schon grotesk, dass die Funktionäre unisono die schlechten Bedingungen in der Pflege beklagen und gleichzeitig behaupten, gute Pflege zu leisten.“

Bemühen wir uns doch gemeinsam mit unseren Partnern die überbordende Bürokratie abzubauen und für Patienten, Betreute und Mitarbeiter bessere Bedingungen zu schaffen. Zu einer guten vertrauensvollen Partnerschaft gehört, dass die Partner ihre Aufgaben erfüllen – der Bezirk bezahlt und die Einrichtungen verpflichten sich zu guter menschenwürdiger Pflege durch ausreichendes und qualifiziertes Personal.

In der Regel eine Fachkraftquote von 50%.

Schlagzeilen wie „37.000 Euro aus eigener Tasche kostet die Pflege“ sind ein Signal, dass immer mehr alte Menschen sich gute Pflege nicht mehr leisten können. Doch wo wird gute Pflege geboten? Nicht jedes Haus, das bei der MDK Prüfung mit sehr gut abschneidet, ist empfehlenswert.

Was sollen wir tun mit unseren Alten?

Die zunehmende Zahl von Demenzpatienten schreit nach neuen Betreuungsformen!!!

Dass Demenz Erkrankte oftmals keine Pflegestufe erhalten oder falsch eingestuft werden ist bekannt. Bitte lassen wir diese Menschen und deren Angehörige nicht in einem grauen Loch verschwinden!

Bezirkstagspräsident Bartsch schreibt im März in der Bayerischen Staatszeitung „Die Gerontopsychiatrie muss sich in Bayern zu einem Kompetenzzentrum in der Altenpflege fortentwickeln. Hier kommen auf die Bezirke Strukturveränderungen zu“.

Er schrieb: „Umso mehr werden die Bezirke in Zukunft gefordert sein, alle Möglichkeiten, ambulant stationär und vor Allem auch finanziell auszuschöpfen um der erheblich steigenden Zahl von Demenzpatienten in Betreuung und Therapie gerecht zu werden.“

Auch der neu im Bundestag beschlossene „Pflegebahr“ wird die Probleme der Gegenwart und Zukunft nur gering verbessern. Doch nicht nur die alten Menschen erhoffen sich noch mehr Einsatz und Hilfe von den Bezirken.

Es sind die jungen Eltern von behinderten Kindern, die immer mehr verunsichert von der Inklusionsdebatte, besonders auf dem Land, verzweifelt nach Hilfe und Förderung für ihre Kinder suchen.

Inklusion

Derzeit werden unter diesem Schlagwort viele Illusionen verbreitet.

Inklusion ist teuer – sie kostet Millionen und Abermillionen. Derzeit kann dies weder Bund noch Land noch die Bezirke wirklich umsetzen. Was derzeit unter diesem Motto geschieht ist oft nur eine verlogene Sparmaßnahme.

Inklusion ist eine Revolution, die in den Köpfen beginnen muss im Miteinander der Menschen, die jedoch ohne optimale Rahmenbedingungen das ganze Projekt scheitern lässt.

Nötig wären neben optimaler Ausstattung von Schulen, Unis und öffentlichen Gebäuden, bedarfsgerechtem Umbau von Wohnungen und Arbeitsplätzen und eine personelle fachspezifische Ausstattung von KITAS, Schulen und Ausbildungsbetrieben, so dass Schwache nicht scheitern und Starke nicht ausgebremst werden.

Inklusion braucht Zeit!

Eltern brauchen echte Wahlfreiheit zur Förderung ihrer Kinder.

Fördereinrichtungen, die in Bayern vorbildlich sind zur Vorbereitung von Kindern auf ein inklusives Erwachsenenleben sind immer noch ein begehrter und nachweislich erfolgreicher Weg für viele.

Die Bezirke müssen noch mehr gegen die Jugendarbeitslosigkeit von beeinträchtigten Kindern tun. Setzen wir doch auch auf das inzwischen erprobte Konzept der Stadt München, mehr Ausbildungsplätze und mehr verzahnte Ausbildungsstellen in unseren Einrichtungen anzubieten.

Wie können wir von privaten Arbeitgebern dieses Engagement erwarten, wenn bei uns selbst der Wille zum zusätzlichen Angebot von Ausbildungs- und Arbeitsstellen zumindest nicht groß ist.

Behinderte Jugendliche profitieren wenig von der guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt!

Umso notwendiger erscheint mir, dass wir unser Angebot in unserem Berufsbildungswerk mit 27 Ausbildungsberufen erhalten und optimieren mit dem erklärten Ziel der Vermittlung auf den 1. Arbeitsmarkt.

Die Entscheidung über einen Neubau des BBW muss in den nächsten Monaten dringend fallen!

Jeden Euro den wir in eine selbstbestimmte Zukunft dieser Jugendlichen investieren, bekommt die Gesellschaft um ein Vielfaches zurück!

Die Bayerische Staatsregierung plant derzeit, Studenten und Meisterschüler von Gebühren zu befreien, nicht jedoch den Altenpflegeschülern ihr Schulgeld ganz zu erlassen. Lassen sie uns darüber nachdenken, was wir als Bezirk für Anreize schaffen können, mehr Fachpersonal auszubilden und zu halten.

Es gab unter Bezirkstagspräsident Schuster eine Initiative, um Pflegepersonal zu finden und ihm leistungsgerechte Bedingungen anzubieten.

Bei den steigenden Fall- und Bedarfszahlen im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie hoffe ich auf baldige Umsetzung und Realisierung des fortgeschriebenen Psychiatriekonzepts, das wir heute verabschieden werden.

Die Not ist groß! Wir benötigen umgehend weitere Kapazitäten ambulant, stationär und teilstationär. Wir brauchen für unsere jungen Menschen dringend Präventionsangebote.

Leider sieht das Konzept das nicht vor. Es ist eine zunehmende Katastrophe, was sich in den Familien, Schulen und Jugendeinrichtungen abspielt – verzweifelte Jugendliche, Eltern, Lehrer und Auszubildende stehen vor unüberwindbaren Problemen. Wenn sie nach langen vergeblichen Eigenversuchen und langem Ringen endlich Hilfe bei entsprechenden Drogen, Sucht oder Krisenberatungsstellen suchen und um Hilfe anfragen, werden sie in der Regel vertröstet und müssen oft Wochen und monatelang auf eine Therapie oder Behandlungsplatz warten. Mir sind Fälle bekannt, wo Kinder in dieser Wartezeit Suizidversuche oder Suizid begingen. Mehr denn je müssen wir für eine bessere wohnortnahe Versorgung Geld in die Hand nehmen.

Ich glaube mit den einschlägigen Argumenten hätten unsere Umlagezahler dafür zum großen Teil Verständnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen wir uns gemeinsam ein für eine bessere, gerechtere Finanzausstattung der Bezirke für deren so wichtigen Aufgaben. Helfen wir in Oberbayern in den von uns zu verantwortenden Bereichen menschenwürdige Zustände zu erreichen.

Ich bedanke mich bei Ihnen Allen für das gute Miteinander.

Bei den Mitarbeitern der Kämmerei für die sachliche, umfangreiche Information, den Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Ich werde dem Haushalt zustimmen und hoffe auf viele gute Entscheidungen, um den Zukunftsanforderungen gerecht zu werden.

Frohe Weihnachten und ein gesundes, friedvolles 2013.

Zum Schluss ein paar nachdenkliche Zeilen des Dichters und Moralphilosophen Christian Fürchtegott Gellert (1715-1769)

Dass oft die allerbesten Gaben
Die wenigsten Bewunderer haben
Und dass der größte Teil der Welt
Das Schlechte für das Gute hält.
Dies Übel sieht man alle Tage
Jedoch wie wehrt man dieser Pest?
Ich zweifle, dass sich diese Plage
Aus unsrer Welt verdrängen lässt.
Ein einzig Mittel ist auf Erden
Allein es ist unendliche schwer.
Die Narren müssen weise werden
Und seht! Sie werdens nimmermehr
Nie kennen sie den Wert der Dinge
Ihr Auge schließt, nicht ihr Versand.
Sie loben ewig das Geringe
Weil sie das Gute nie gekannt!

**Rede von der Gruppierung BP vorgetragen durch
Herrn Hubert Dorn**
-es gilt das gesprochene Wort-

Wenn die Psychologen Recht haben, dass der Mensch von seiner Umgebung geprägt wird, dann ist der vorliegende Haushaltsentwurf gekennzeichnet vom Heimatort Altomünster des Präsidenten Mederer. Die Kirche des dortigen Birgittinnenklosters ist bester bayerischer Barock, und dieser Barock kennt zwei Prinzipien - das "Carpe diem", nütze den Tag, und das "memento mortis", denke an das danach. Carpe diem ist es, wenn in diesem Haushalt, der seit Jahren wieder einmal finanzielle Spielräume eröffnet, der Hebesatz gesenkt wird und so die Landkreise und Kommunen eine deutliche Entlastung erfahren, wenn zweitens der Schuldenabbau angegangen wird und drittens jetzt Investitionen getätigt werden, die später so vielleicht nicht mehr auf den Weg zu bringen wären. Und hier ist auch das memento mortis zu erkennen - wir müssen berücksichtigen, dass die jetzige Finanzsituation so nicht bleiben wird, dass die kommenden Jahre wahrscheinlich geprägt sind von spürbaren Einschnitten.

Das beherrschende Sachthema der Bezirksebene ist zweifellos die Inklusionsdebatte, die erfreulicherweise jetzt auch in der öffentlichen Diskussion in Fahrt gekommen ist. Wir alle wollen Inklusion - allerdings sehe ich im schulischen Bereich hier auch die Grenzen der Möglichkeiten. Die Rechtsauseinandersetzungen im Bezirk Schwaben zeigen meines Erachtens durchaus, dass hier nicht immer das Wohl des Kindes im Vordergrund steht, sondern manchmal auch ein falsch verstandener Ehrgeiz der Eltern. Ich halte daher den Fortbestand unserer Förderschulen für unabdingbar, und auch der Gedanke, Streitfälle durch Gutachterkommissionen zu klären, erscheint hier zukunftsweisend.

Der Kulturbereich ist gekennzeichnet durch zwei wichtige neue Personalien. Die Neubesetzung der Schafhof-Leitung mit Eike Berg hat gleich bei seinem Antritts-Interview die zweifache Bedeutung dieses Objekts herausgestellt: Die regionale Verankerung und die Funktion als "Tor zu Europa". Ich freue mich schon darauf, wenn demnächst nach dem multikulturellen Friedensfest auf dem Schafhof auch einmal bayerische Volksmusik zu hören sein wird. Die erkennbaren Schwierigkeiten, auch in Zukunft genügend europäische Partner für das Künstlerprojekt zu finden, lassen es freilich auch gerechtfertigt erscheinen, das derzeitige Konzept langfristig zu prüfen und eventuell umzustrukturieren.

Mit dem neuen Bezirksheimatpfleger Norbert Göttler ist die Öffentlichkeitsarbeit dieser Stelle wieder mehr in den Vordergrund gerückt. Hierzu zählen die Ausstellungen im Meierhof Benediktbeuern ebenso wie die vielbeachtete Dialektkolumne im Münchner Merkur. Auch in der Heimatpflege müssen wir darauf achten, dass regionale, oberbayerische Züge deutlich erkennbar bleiben.

Heimat ist ja überhaupt in den letzten Monaten in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt - durchaus kontrovers, wenn etwa seitens der Grünen ein "neuer Heimatbegriff" postuliert wurde. Auch auf dem letzten Verfassungstag wurde darauf abgehoben: Bayerische Schüler sollten eine neue Europa-bezogene Strophe zur Bayernhymne verfassen. Und hier brachte eine Kemptener Realschule einen Vorschlag, der, wie ich meine, einen modernen Heimatbegriff durchaus mit der Tradition zu verbinden vermag:

Fremde Sprachen und Kulturen
achte immer, doch sei schlau
halte stets und treu zur Fahne
mit den Farben weiß und blau.

Haushaltsrede dem Fraktionsvorsitzenden der CSU
Herr Josef Loy
-es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
verehrter Herr Bezirkstagspräsident,
verehrte Vizepräsidentinnen,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks Oberbayern,
verehrte Damen und Herren,

im Blick auf das vergangene Jahr sind wir in vielen Bereichen in geschlossener politischer Abstimmung Schritt für Schritt vorangekommen.

Heute beschließen wir den Haushalt 2013.

Die künftigen Aufgaben und Maßnahmen werden abgesteckt und die finanziellen Grundlagen dafür gelegt.

Dabei sind Gemeinden, Städte und Landkreise auf unseren bezirklichen Weg vorbereitet und eingebunden worden.

Unserem Bezirkstagspräsidenten sei dabei besonders gedankt. Er ist unermüdlich in Oberbayern unterwegs und präsentiert unsere Aufgaben, präsentiert die vielen Betätigungsfelder und bittet um Verständnis, gerade für die sozialen Verpflichtungen, die allen hilfebedürftigen Menschen in Oberbayern zu einer möglichst umfangreichen Teilhabe verhilft.

Die Ausgangslagen für den Haushalt 2013 sind unbestritten besser als noch vor Jahren. Der Finanzausgleich für die Bezirke wurde auf 643,6 Mio. € aufgestockt, also um 20 Mio. Euro mehr gegenüber 2012.

Die Umlagekraft für Oberbayern steigt um 13,2 Punkte, das bedeutet in Euro eine Steigerung um 610,59 Mio. Euro.

Diese Steigerung bedeutet aber auch, dass aus dem bezirklichen Finanzausgleich 24,2 Mio. € weniger als 2012 bei uns ankommen.

Wir in Oberbayern erreichen damit eine Umlagekraft von 5,2 Mrd. € ein Höchststand der letzten Jahre.

Die Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung erhöht sich um 19,1 Mio. €.

All diese Grundlagen ermöglichen eine sichere und verlässliche Planung für das kommende Jahr.

Ein umfassender Haushaltsentwurf liegt uns vor, der in allen Bereichen mit den betroffenen Einrichtungen, den beschließenden Ausschüssen und Gremien abgestimmt wurde.

Dabei hat unsere Finanzverwaltung seit Monaten intensiv und mit großem Einsatz an den Ausgaben und Einnahmen gearbeitet, gerechnet und verhandelt.

Die Ziele waren klar gesteckt:

keine Kreditaufnahme 2013

keine Verpflichtungsermächtigungen, die in den Folgejahren mit Krediten finanziert werden soll

Fortführung der Konsolidierung

Im vorliegenden Haushaltswerk sind diese Ziele erreicht und transparent dargestellt.

Unserer Finanzverwaltung gilt dabei ein großer Dank und die

Anerkennung für den kraftvollen Einsatz. Besonders Herrn Getzlaff, Frau Hirschhuber mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzteam, möchte ich dabei benennen.

Der Gesamthaushalt 2013 hat ein Volumen von 1,483 Mrd. Euro, gegenüber 2012 eine Steigerung von 19,0 Mio. €, das ist vertretbar.

Im Verwaltungshaushalt steigen die Ausgaben von 2012 auf 2013 erneut um 89,0 Mio. €, das bedeutet einen Anstieg um 6,6 %.

Im Vermögenshaushalt steigt der Ansatz von 38,0 Mio. € in 2012 auf 52,0 Mio. €.

Aus dem Haushaltsjahr 2011 ist kein Fehlbetrag aufzufangen.
Eine Entwicklung, die so in den künftigen Jahren bleiben soll und muss.

Der durch die Einnahmen nicht gedeckte Finanzbedarf beträgt in 2013 1,155 Mrd. € und ist nahezu genauso hoch wie in 2012.

Das ist begründet in der realitätsnahen Haushaltsplanung, die sich nicht an Planzahlen aus dem laufenden Jahr, sondern an den zu erwartenden Rechnungsergebnissen aus 2012 orientiert.

Auch dieser Ansatz zeugt von einer verantwortungsvollen Arbeit in der Finanzverwaltung.

Wenn wir jedoch die Einzelpläne näher beleuchten, so wird uns schnell deutlich, dass trotz der guten Konjunkturdaten und der besseren Umlagekraft die Ausgaben gerade am Einzelplan 4, „Soziales“, wieder erheblich steigen.

74,0 Mio. € werden an Mehrausgaben erwartet, die sich durch die höhere Übernahme der Grundsicherung durch den Bund auf 56,0 Mio. € einstellen.

Steigende Fallzahlen, steigende Personalkosten, steigende Energiekosten, weitere Aufgaben und Verpflichtungen, gewollte Verbesserungen in der Teilhabe, sind die Gründe. Deshalb ist es unsere politische Aufgabe und Verpflichtung, auf diese ständig steigenden Sozialausgaben, bei jeder Gelegenheit hinzuweisen. Wir fordern nach wie vor die Einführung eines Bundesleistungsgesetzes für die Menschen mit Behinderungen.

Wir fordern eindringlich die Drittelung der Lastenverteilung aus den Sozialausgaben, die derzeit zu großen Teilen nur von der kommunalen Ebene getragen werden. Bund, Land und Kommunen sind hier gemeinsam gefordert. Die kommunale Ebene darf nicht länger allein gelassen werden.

Die Übernahme der Grundsicherung ist schon ein wesentlicher Beitrag. Aber das allein reicht noch nicht. Wir alle sind aufgefordert unsere Abgeordnete aus Land und Bund immer wieder und unaufhörlich in die gemeinsame Pflicht zu nehmen.

Im vergangenen Jahr ist es uns gelungen, wesentliche Entscheidungen für die personenzentrierte Hilfe zu treffen. Regelungen bei den Sondertatbeständen, Weiterentwicklung beim HMBT-Verfahren in Förderstätten sind besonders zu benennen. Die Zusammenarbeit in den Arbeitsgruppen war dabei kompetent und zielführend. Politik, Verwaltung, Einrichtungsträger und Vertreter der Wohlfahrtsverbände haben auf Augenhöhe verhandelt und zum Wohl der betroffenen Menschen und ihren Bedürfnissen gehandelt.

Dafür möchte ich an dieser Stelle einen Dank an alle Beteiligten aussprechen.

So kann es weiter gehen und der Weg führt schließlich in allen Förder- und Hilfebereichen hin zur personenbezogenen individuellen Hilfe.

An diesem Ziel halten wir fest und wanken nicht, auch wenn der Weg mühsam und steinig ist, letztlich aber der gerechtere und ehrlichere.

Die demographische Entwicklung im Bereich der Hilfe zur Pflege wird uns weiter fordern. Dabei ist unser Blick auf mehr ambulante Versorgung gerichtet. Wohnortnahe und häusliche Pflege so lange wie möglich. Die Ausgabenkurve zeigt auch hier nach oben.

Die Hilfen für die Menschen mit Behinderungen steigen 2013 um 58,8 Mio. € auf 785 Mio. €. Dabei sind vor allem die Hilfen im Schulalter, Schulbegleitung, teilstationäre Hilfen in Tagesstätten und Kindertageseinrichtungen mit 24 Mio. Euro mehr zu veranschlagen. Hier macht sich doch schon die Inklusion, die wir alle unterstützen, bemerkbar. Zum Nulltarif gibt es die Inklusion nicht.

Die Teilhabe am Arbeitsleben, die vermehrte Inanspruchnahme der Werkstätten, den Mehrbedarf an betreuten Wohnformen, lassen auch die Aufwendungen steigen. Gerade im Werkstattbereich müssen wir uns um die Zukunft Gedanken machen. Dazu soll mit den Trägern der Werkstätten, der Verwaltung und der Politik diskutiert, beraten und geplant werden, damit Inklusion wahr wird und in die Praxis umgesetzt werden kann.

Die anteilige Übernahme der Kosten für die unbegleiteten Jugendlichen stagniert bei 25 Mio. €.

Wir haben auf die Verteilung der Kosten und die Gestaltung der Aufwendungen keinen Einfluss. Auch hier fordern wir eine grundsätzliche Überlegung, wie die Kostenträgerschaft künftig geregelt werden soll.

Im Bereich der Förderung der Wohlfahrtspflege erhöhen wir die Ausgaben 2013 auf 63,3 Mio. €. Wichtige Beratungsbereiche und Einrichtungen werden dabei gefördert. Insgesamt lässt sich feststellen, dass wir in Oberbayern auf einem hohen Niveau unsere soziale Verpflichtung wahrnehmen.

Darauf können wir alle stolz sein. Dafür brauchen wir uns auch nicht zu schämen oder zu verstecken. Wir können diese Leistungen offensiv nach außen tragen.

Dass wir die Zukunft nicht einfach auf uns zukommen lassen, zeigt die Auseinandersetzung mit der Gesamtsozialplanung im Zweiten Sozialbericht des Bezirks Oberbayern. Dieses umfangreiche und transparent gegliederte Werk beschließen wir heute. Schon an dieser Stelle allen Beteiligten einen großen Dank. Besondere Anerkennung an Herrn Sonntag mit seinem Team, die maßgeblich für die Ausarbeitung verantwortlich sind.

Insgesamt danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Sozialverwaltung, vor allem der Führungsmannschaft für den Einsatz im vergangenen Jahr.

Nur eine abgestimmte, gut organisierte und hoch engagierte Sozialverwaltung kann die Aufgaben jetzt und in Zukunft zum Wohl der Betroffenen bewältigen. Ihnen Herr Kumetz gelten dabei unsere besten Wünsche und Herrn Wirth Dank für den geleisteten Einsatz im vergangenen Jahr.

Verehrte Damen und Herren, unser Klinikunternehmen kbo behauptet sich sehr erfolgreich im großen Feld der psychiatrischen Versorgung.

Mittlerweile eine unverkennbare Marke, die Kompetenz, Verantwortung, Menschlichkeit und Wirtschaftlichkeit ausstrahlt.

Mit viel Elan, klaren Zielvorstellungen, transparenter Darstellung und unverwechselbarem Erscheinungsbild wird an dem Versorgungsauftrag gearbeitet, geplant und die Zukunft gestaltet.

Wir werden heute die Neufassung des Konzeptes für die Kinder- und Jugendpsychiatrie beraten und beschließen.

Die CSU-Fraktion hat dazu den notwendigen Antrag gestellt. Das kbo hat federführend das Konzept entwickelt und mit der Bezirksverwaltung abgestimmt.

Das Ergebnis ist ein Versorgungskonzept, das uns in Oberbayern in die Lage versetzt, unsere Kinder und Jugendlichen künftig wohnortnah zu versorgen.

Einmalig in Oberbayern, stellen wir uns hier einer Aufgabe, die sich andernorts nicht oder noch nicht gestellt hat.

Wir und das kbo sind damit Vorreiter und Vorbild für andere.

Daneben läuft der Alltag, die notwendigen Baumaßnahmen, die Umstrukturierung in Haar, die Planung der künftigen Energieversorgung, die Planungen mit der Somatik am Inn-Salzach-Klinikum, der Bettenausbau am Lech-Mangfall-Klinikum, die Weiterentwicklung am Kinderzentrum und vieles mehr.

Eine besondere Herausforderung ist die Errichtung des Kompetenzzentrums in Südbayern für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung und psychischen Störungen schwerstmehrfach Behinderter, fachlich „oligophrene Kinder und Jugendliche“ mit 20 vollstationären Betten am Isar-Amper-Klinikum mit Klinik und Schule.

Das künftige Entgeltsystem in der Psychiatrie ist eine große Herausforderung. In einer gemeinsamen Resolution, die wir auch heute verabschieden, zeigen wir unsere Mitverantwortung für eine gerechte und nach Fachbereichen getrennte Entgeltsystematik. Vollversorgung mit gesetzlichem Pflichtauftrag muss eine leistungsgerechte Vergütung erhalten.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Kliniken, dem gesamten Kommunalunternehmen danke ich im Namen unserer Fraktion für die geleistete Arbeit und den hohen Einsatz. Sie tragen im Wesentlichen zum Erfolg der Kliniken bei.

Besonders gedankt sei auch der Führungsebene, Ihnen Herr Spuckti und Ihnen Frau Dr. Borrmann Hassenbach. „Zuverlässig an Ihrer Seite“ daran orientieren wir uns weiterhin mit voller Kraft und in enger Abstimmung zwischen Bezirkstag und kbo.

Wir sind zuverlässig an Ihrer Seite.

Dass dies zur Verpflichtung wird, wird durch den Public Corporate Governance Kodex heute noch verbindlich beschlossen.

Neben den sozialen und gesundheitlichen Aufgaben widmen wir uns auch in besonderen dem Erhalt, dem Fortschritt und der Entwicklung im kulturellen und bildungspolitischen Bereich.

Hier gilt unser besonderes Augenmerk in den kommenden Monaten vor allem umfangreichen Investitionen. Die wesentlichen Baumaßnahmen sind im Vorbericht zum Haushalt 2013 übersichtlich dargestellt.

Die notwendigen Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen am Agrarbildungszentrum in Landsberg sind für den Fortbestand dieser wichtigen Bildungseinrichtung notwendig.

Ebenso die Brandschutzmaßnahmen an unserer Schule für Holz und Gestaltung in Garmisch Partenkirchen.

Besonders am Herzen liegt uns das Schulzentrum und das Berufsbildungswerk in Johanneskirchen.

Die Gesamtsanierung des BBW ist für unsere jungen Menschen mit Hörbehinderung und Gehörlosigkeit notwendig und dient der Berufsvorbereitung und erfolgreichen Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Soll die Inklusion in diesem Bereich dauerhaft Erfolg haben, so sind wir verantwortlich zur Modernisierung, zur Verbesserung und zum zukunftsfähigen Ausbau des Berufsbildungswerkes aufgerufen.

Wir tragen das in notwendigem Umfang mit.

Damit unser Freilichtmuseum an der Glentleiten auch in Zukunft den Anforderungen gewachsen ist und die Besucher mit Zufriedenheit nach dem Besuch nach Hause fahren und wiederkommen, müssen wir einerseits den Zugang attraktiver gestalten und andererseits die Versorgung auf die unterschiedlichen Bedürfnisse abstimmen. Das Raum- und Funktionsprogramm liegt abgestimmt vor. Die Thematik ist gelöst. Jetzt dann die Planung beginnen. Dazu soll ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden. Die wesentlichen Inhalte werden in einer gemeinsamen Sitzung mit allen Beteiligten Ende Januar getroffen. Ein großes, ein spannendes, ein notwendiges Projekt. Wir wollen uns daran aktiv beteiligen.

In unserem Bildungszentrum in Seeon sind durch beharrliche Verhandlungen unseres Präsidenten die Grundlagen für ein umfassendes Funktionskonzept gelegt. Jetzt gilt es, mit baufachlichem Wissen, mit betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, mit denkmalpflegerischer Behutsamkeit und mit nachhaltiger Weitsicht die weiteren Planungen und Überlegungen anzugehen. Nach Vorlage der entsprechenden Grundlagen wollen wir uns gerne an diesem Zukunftskonzept beteiligen. Wir wünschen uns ein lebendiges Bildungszentrum, das den Bedürfnissen aller Besucher gerecht wird, ohne seine Würde und seinen in Jahrhunderten gewachsenen Charakter zu verlieren.

Eine große Herausforderung, der wir uns offen stellen müssen. Wir danken der AG-Bau für die sachliche und konstruktive Arbeit.

Weiterhin unterstützen wir die Jugend-Bildungsstätte in Königsdorf bei den notwendigen Sanierungsmaßnahmen.

Die Förderung der Denkmalpflege, der Kunst, der Volksmusik, der Trachten, der Heimatpflege ist ungebrochen ein wichtiger Auftrag. In Teilbereichen sind dafür auch höhere Ansätze im Haushalt eingestellt.

An dieser Stelle gilt unser besonderer Dank an unseren Bezirksheimatpfleger Dr. Göttler, an unseren Volksmusikpfleger Herrn Schusser und an unseren Leiter des Trachteninformationszentrum Herrn Wandinger und allen dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz in ganz Oberbayern.

Unser Europäisches Künstlerhaus am Schafhof steht unter neuer Leitung. Wir erhoffen uns dabei die Belegung des Auftrages zum Künstleraustausch und eine weitere Festigung der Einrichtung in der oberbayerischen Kunstszene.

Die Einrichtung eines Popularmusikbeauftragten für Oberbayern ist dank der intensiven Überlegungen in der Arbeitsgruppe jetzt gelungen und wir sind auf die Umsetzung gespannt. Dank an die Mitglieder der Arbeitsgruppe und dabei aus unserer Fraktion Anton Spitzbauer.

Verehrte Damen und Herren, die vielfältigen Aufgaben können nur durch eine leistungsfähige und motivierte Verwaltung bewältigt werden.

Wir stimmen dem vorgelegten Stellenplan mit den notwendigen Mehrungen, gerade im sozialen Bereich, zu.

Die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung im EDV Bereich und zur Dachsanierung finden grundsätzlich unsere Zustimmung.

Der Haushalt schließt ab mit der Festsetzung der Bezirksumlage.

Die CSU-Fraktion stimmt den notwendigen Investitionen, der Sicherung der Rücklagen und dem geplanten Schuldenabbau vollumfänglich zu. Eine solide Finanzwirtschaft muss sicher, vorausschauend und konsolidierend angelegt werden. Dies ist hier der Fall.

Der Umlagensenkung um 2,8 Punkte auf 22,0 Punkte stimmt die CSU-Fraktion ebenfalls zu.

Ein herzlicher Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bezirksverwaltung, in unseren schulischen und kulturellen Einrichtungen, im gesamten Kommunalunternehmen, in der Öffentlichkeitsarbeit, der Pressestelle und im großen sozialen Arbeitsfeld.

Besonderer Dank an unseren Präsidenten mit seiner Führungsebene, den beiden Vizepräsidentinnen für die verantwortliche Leitungsarbeit.

Dank an unseren Kooperationspartner der SPD-Fraktion für die kollegiale Zusammenarbeit.

Dank an die gute und sachliche Zusammenarbeit mit allen politischen Fraktionen und Gruppierungen im Bezirkstag von Oberbayern.

Ich wünsche Ihnen allen eine besinnliche Adventszeit, damit Seele und Geist Ruhe und Erholung finden.

Ihnen, Ihren Familien und Gemeinschaften ein freudiges und friedvolles Weihnachten, damit das Lächeln aus der Krippe Ihr Herz berührt.

Für 2013 wünsche ich Ihnen allen eine stabile Gesundheit, persönlichen Erfolg, Zufriedenheit und Optimismus, sowie eine weiterhin gute Zusammenarbeit zum Wohl der uns anvertrauten Menschen und zum Wohl unserer Heimat Oberbayern.

Gottes Segen für uns,
unsere Heimat,
unseren Bezirk Oberbayern.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Nach den Vorberatungen des Haushalts 2013 wird der Haushaltsplan 2013 mit allen Anlagen beschlossen.

Beschluss:	1.	Für das Haushaltsjahr 2013 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von	1.431.450.000,00 €
		sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von	51.800.000,00 €
		und dem Stellenplan zugestimmt.	
	2.	Das Umlagesoll beträgt 1.155.178.086,92 €. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2013 auf 22,00 v.H. festgesetzt.	
	3.	Dem Finanzplan 2012 bis 2016 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt.	
	4.	Den Festsetzungen in den Wirtschaftsplänen 2013 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon und der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit den Finanzplänen 2012 bis 2016 und Investitionsprogrammen wird zugestimmt.	
	5.	Die Haushaltssatzung 2013 in der Fassung vom 05.12.2012 wird beschlossen.	
		angenommen	Ja 51 Nein 1

TOP 3 Zweiter Sozialbericht des Bezirks Oberbayern

Die Verwaltung stellt die Eckpunkte und wesentlichen Inhalte des Zweiten Sozialbericht im Rahmen der Gesamtsozialplanung mit dem Berichtszeitraum 2011/12 und für den Planungszeiträumen 2013-15 vor.

Beschluss:	Die Mitglieder des Bezirkstags von Oberbayern nehmen den Zweite Sozialbericht des Bezirks Oberbayern zur Kenntnis.
-------------------	--

TOP 4 **Psychiatrie- und Suchthilfekonzept 2001 - klinischer Teil** **Neufassung des Konzeptes für die Kinder- und Jugendpsychiatrie**

Der Bezirk Oberbayern beschließt über die Fortschreibung des Psychiatrie- und Suchthilfekonzeptes 2001 für den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie.

Beschluss:	1. Der Bezirk Oberbayern stimmt dem Konzept „Weiterentwicklung der Versorgung in der kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie in Oberbayern unter besonderer Berücksichtigung der Notfall- und Vollversorgung“ auf Grundlage des Verwaltungsratsbeschlusses vom 09.10.2012 zu. Dieses beinhaltet: 2. Planungsgrundsätze vollstationär a) <u>Nähe und Erreichbarkeit:</u> Eine kinder- und jugendpsychiatrische Not- und Vollversorgungsklinik soll nicht mehr als 50 bis 75 Kilometer vom Wohnort einer Patientin/eines Patienten entfernt sein und/oder - und innerhalb von 45 Minuten bis maximal 60 Minuten mit dem PKW erreichbar sein. b) <u>Mindestkapazität für einen Not und Vollversorgungsstandort:</u> Mindestgröße von 70 Betten/Plätzen (50 Betten, 20 tagesklinische Plätze und Institutsambulanz) c) <u>Definierte Kriterien für die Bedarfsermittlung eines Not- und Vollversorgungsstandorte:</u> Neukalkulation der vollstationären Bedarfsgrößen in den Versorgungsregionen, die bisher keinen adäquaten Zugang zur Not- und Vollversorgung gemäß Planungsgrundsatz 1 haben. Kalkulation der Zielgruppengröße auf Basis aktueller Bevölkerungszahlen für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre (2010). Kalkulation der Inanspruchnahme aufgrund seriöser Versorgungsforschungsergebnisse, d. h. 0,3 % aller Kinder und Jugendlichen sind vollstationär akut behandlungsbedürftig und zur Inanspruchnahme bereit. (KIGGS 2007, Wittchen et al. 2011, Gesundheitsreport Bayern 2011, BAG-KJP 2012). Die Zielbettenauslastung beträgt 85 % laut Krankenhausplanungsausschuss für die Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie. Die Prognose der Verweildauerentwicklung entspricht der mittleren Verweildauer in Notaufnahme- und Vollversorgungskliniken Stand 2011, d. h. 40 Tage mittlere Verweildauer. 3. Planungsgrundsätze teilstationär a) <u>Nähe und Erreichbarkeit:</u> Eine kinder- und jugendpsychiatrische Tagesklinik in Oberbayern soll innerhalb von 30 bis maximal 45 Minuten mit dem PKW erreichbar sein. b) <u>KJPP-Tageskliniken in Oberbayern erfüllen eine definierte Funktion im Rahmen der Vollversorgung</u> - Ambulant vor teilstationär vor vollstationär - Vermeidung von vollstationären Aufenthalten - Verkürzung von vollstationären Aufenthalten
-------------------	---

- Stabilisierung von vollstationär erreichten Behandlungsergebnissen und nachhaltige Überführung der Ergebnisse in den Alltag
- Überleitung in die wohnortnahen ambulanten Versorgungsstrukturen oder die Institutsambulanz
- c) KJPP-Tageskliniken werden nur mit einer kinder- und jugendpsychiatrischen Institutsambulanz geplant
Aus dem Planungsgrundsatz 2 ambulant vor teilstationär vor vollstationär ergibt sich die Notwendigkeit Institutsambulanzen an Tagesklinikstandorten zu etablieren.
- d) Tageskliniken müssen wirtschaftlich zu betreiben sein
KJPP-Tageskliniken im Rahmen der Vollversorgung werden an Standorten errichtet, an denen wirtschaftlich sinnvolle Kooperationen möglich sind. Dabei sind Versorgungsschnittmengen bezüglich der Zielpopulation und der erforderlichen Fachkompetenz bestimmend. Präferierte Standorte sind daher etablierte Standorte der Erwachsenenpsychiatrie.

4. Weiterentwicklung der Versorgungsangebote nach Priorität

Prioritäten vollstationär:

Priorität 1: Entwicklung des kbo-Heckscher-Klinikums am Standort Rosenheim zu einem versorgungswirksamen Not- und Vollversorgungsstandort für die Region. Erwartet wird eine deutliche Verbesserung der Akutversorgung der Region 10 Berchtesgadener Land, Traunstein, Mühldorf am Inn, Altötting und Rosenheim.

Priorität 2: Perspektivisch ist ein vollstationäres Angebot für Jugendliche ab 14 Jahre in Analogie zum tagesklinischen Angebot des kbo-Heckscher-Klinikums am Klinikum Ingolstadt sinnvoll, allerdings unter Beachtung des Planungsgrundsatzes 3.

Prioritäten teilstationär:

Priorität 1: Versorgungsregion Oberbayern West

Für den Landkreis Landsberg am Lech soll am Klinikum Landsberg eine KJPP-Tagesklinik mit 15 Plätzen entstehen. Aufgrund der Kooperation mit der kbo-Lech-Mangfall-Klinik Landsberg wird der Betrieb wirtschaftlich zu führen sein. Die bauliche Umsetzung wird im Rahmen der Erweiterungsbauten am Klinikum Landsberg zeitnah realisiert werden können.

Priorität 2: Versorgungsregion Oberbayern Süd-Ost

Aufstockung der tagesklinischen Plätze am kbo-Heckscher-Klinikum Rosenheim von 10 auf 20 Plätze im Rahmen der Aufrüstung des Standortes als Notfall- und Vollversorgungsstandort für die Region 10.

Priorität 3: Versorgungsregion Oberbayern Nord-Ost

Da in Freising die psychiatrische Tagesklinik und Institutsambulanz des kbo-Isar-Amper-Klinikums bereits etabliert sind, die mittelfristig am Klinikum Freising lokalisiert sein werden, wird Freising als weiterer tagesklinischer Standort für eine kinder- und jugendpsychiatrische Vollversorgung gemäß den Planungsgrundsätzen nach entsprechender Bedarfsabklärung in Betracht gezogen.

angenommen

Ja 52 Nein 0

Psychiatrie- und Suchthilfekonzert 2001, Klinischer Teil Fortschreibung 2012 Versorgungsregion der kbo-Lech-Mangfall-Kliniken

Das Psychiatrie- und Suchthilfekonzert des Bezirks Oberbayern für die psychiatrische und psychosomatische klinische Versorgung in Oberbayern aus dem Jahr 2001 wird für die Versorgungsregion der kbo-Lech-Mangfall-Kliniken aktualisiert und fortgeschrieben (Psychiatrie- und Suchthilfekonzert Lech-Mangfall-Kliniken 2012).

Beschluss:	Der Bezirkstag von Oberbayern beschließt die Fortschreibung des Psychiatrie- und Suchthilfekonzertes 2001 für die Versorgungsregion der kbo-Lech-Mangfall-Kliniken a) Die Planungsgrundsätze aus dem Jahr 2001 haben unverändert Gültigkeit für die psychiatrische und psychosomatische klinische Versorgung in Oberbayern. In Bezug auf die Lech-Mangfall-Kliniken sind dies: • Zusammenfassung von Landkreisen/kreisfreien Städten zu Versorgungsregionen, möglichst auf der Basis von Landkreisen. • Die Mindestgröße bettenführender neu entstehender Bezirkskrankenhäuser soll bei ca. 80 – 100 Betten/Plätzen liegen. • Bettenführende Bezirkskliniken sind zur Übernahme der Vollversorgungsverpflichtung (allgemeinpsychiatrische, gerontopsychiatrische Versorgung und Versorgung Suchtkranker in der Entzugsphase) ihrer Versorgungsregion verpflichtet. Teilversorgende, bettenführende Bezirkskrankenhäuser (Krisenzentren) werden nicht errichtet. Die Sucht- und Krisenversorgung im Ballungsraum München nimmt hier eine Sonderstellung ein. • Tagkliniken (ohne vollstationäre Betten) können zur teilstationären Versorgung errichtet und als Außenstellen der vollversorgenden Bezirksklinik betrieben werden. • Bettenführende Bezirkskrankenhäuser bieten auch tagklinische und ambulante Behandlung an. • Alle neu entstehenden Bezirkskrankenhäuser und Tagkliniken sollen räumlich an ein somatisches Krankenhaus angebunden werden. b) Die Versorgungsregion der kbo-Lech-Mangfall-Kliniken umfasst unverändert die Landkreise Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech und weilheim-Schongau. c) Die für die Berechnungsformel zugrunde gelegte Krankenhaushäufigkeit wird gegenüber dem Beschluss aus dem Jahre 2001 von 7,1 auf 9,1 pro 1.000 Einwohner für die Versorgungsregion angehoben. Daraus ergibt sich ein rechnerischer Bedarf von 390 Betten/Plätzen Psychiatrie und Psychosomatik. Das Kapazitätsziel für die kbo-Lech-Mangfall-Kliniken umfasst 401 Betten/Plätze. d) Die geplante Errichtung vollstationärer Betten in Peißenberg wird, abweichend von Buchst a) der Grundsätze aufgrund der besonderen Umstände ausdrücklich begrüßt. e) Der neue Standort für eine Tagklinik in Wolfratshausen wird begrüßt und in
-------------------	--

	das Konzept aufgenommen.	
	angenommen	Ja 46 Nein 0

TOP 6 Klinische Beteiligungen des Bezirks Oberbayern; Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2011

Der Beteiligungsbericht zu den klinischen Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2011 wird vorgestellt und Gremien beraten.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt von den Berichten über die klinischen Beteiligungen, Geschäftsjahr 2011 Kenntnis.
	zur Kenntnis genommen

TOP 7 Fortschreibung des Gleichstellungskonzepts des Bezirks Oberbayern

Gemäß der Vorgabe des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes wird von der Gleichstellungsbeauftragten des Bezirks Oberbayern die zweite Fortschreibung des Gleichstellungskonzepts zur Beschlussfassung vorgelegt.

Das Konzept vergleicht die Situation der beschäftigten Frauen und Männer in der Bezirksverwaltung und in den kameralen Einrichtungen des Bezirks Oberbayern zwischen den Jahren 2006 und 2011 und stellt Maßnahmen und Initiativen vor.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt das Gleichstellungskonzept des Bezirks Oberbayern in vorliegender Fassung.
	angenommen Ja 46 Nein 0

TOP 8 Unternehmenssatzung der "Kliniken des Bezirk Oberbayern - Kommunalunternehmen" (kbo-Kommunalunternehmen)

Zum TOP 8 der öffentlichen Sitzung wird eine ergänzende Tischvorlage vorgelegt.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Unternehmenssatzung des „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ (kbo-Kommunalunternehmen) in der Fassung vom 23.07.2012.
	abgesetzt Ja 45 Nein 0

TOP 9 kbo - Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen; "Public Corporate Governance Kodex für kbo - Kliniken des Bezirks Oberbayern"

Vorgestellt wird der „Public Corporate Governance Kodex für kbo-Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen und dessen verbundene Unternehmen“.

Der Kodex soll

- den Standard für das Zusammenwirken aller Beteiligten (Gremien des Bezirks Oberbayern, Bezirksverwaltung, kbo) definieren,
- die verantwortungsvolle Unternehmensführung und –überwachung von kbo, die sich an öffentlichen Gemeinwohlbelangen und dem wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens orientiert, festlegen und
- die Unternehmenstransparenz verbessern und damit das Vertrauen in Entscheidungen aus allen Bereichen von kbo und Bezirk Oberbayern erhöhen.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt den „Public Corporate Governance Kodex für kbo-Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen und dessen verbundene Unternehmen“ in der Fassung des kbo-Verwaltungsrates vom 09.10.2012. Der Kodex ist ab 01.01.2013 umzusetzen.
	angenommen Ja 50 Nein 1

TOP 10 kbo - Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen / Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2012

Gemäß § 6 Abs.2 der Unternehmenssatzung des kbo-Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen berichtet der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens halbjährlich den Bezirksgremien über den Verlauf des Geschäftsjahres, über wichtige Ereignisse und von seiner Tätigkeit.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt den Bericht für das 1. Halbjahr 2012 des kbo – Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen zustimmend zur Kenntnis.
	zur Kenntnis genommen

TOP 11 Ratsinformationssystem - Zugriff auf Unterlagen zu nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten

In der Sitzung des Bezirkstags vom 26.7.2012 wurde die Geschäftsordnung des Bezirkstags so geändert, dass diese den Bezirkstagsmitgliedern auch den Zugriff auf die Tagesordnungen und Sitzungsvorlagen der nichtöffentlichen Gremiensitzungen über das Ratsinformationssystem (RIS/Session) ermöglicht. Wegen der erhöhten Anforderungen an den Datenschutz bzgl. der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte ist es vor der technischen Umsetzung erforderlich, dass die Bezirkstagsmitglieder eine entsprechende Erklärung zum Umgang mit dem Ratsinformationssystem unterzeichnen.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt Kenntnis von dem Plan, das Ratsinformationssystem um den Zugriff auf Unterlagen zu nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zu erweitern.
	zur Kenntnis genommen

TOP 12 Neues Entgeltsystem für die psychiatrischen Krankenhäuser - Resolution des Bezirkstags von Oberbayern

Resolution des Bezirkstags von Oberbayern zum neuen Entgeltsystem für die psychiatrischen Krankenhäuser

Beschluss:	Der Bezirkstag von Oberbayern fasst zu den vom Bundesgesundheitsministerium mit Verordnung vom 19.11.2012 in Kraft gesetzten neuen Entgeltsystem für die psychiatrischen und psychosomatischen Krankenhäuser beigefügte Resolution.
	angenommen Ja 57 Nein 0

TOP 13 **Bekanntgaben und Sonstiges**

Herr BTP Mederer informiert zu dem Antrag der SPD-Fraktion, das Wahlrecht für EU-Bürger zu ändern.

Gemäß Antrag der SPD Fraktion im Bezirkstag von Oberbayern vom 6.12.2012 soll beschlossen werden, der Bezirkstag von Oberbayern möge den Bayerischen Landtag auffordern, für die Wahlen zum Bezirkstag 2013 das Landeswahlgesetz so abzuändern, dass sich alle Bürger mit kommunalem Wahlrecht (für Gemeinden, Landkreise und Kreisfreie Städte) auch an den Wahlen zum Bezirkstag ab 2013 beteiligen dürfen. Die für die Zustimmung zu dem Anliegen des Antrags sprechenden Gründe werden erläutert.

Der Verband wird aufgefordert, zu diesem Thema initiativ zu werden und sich für dieses Ziel einzusetzen.

Beschluss:	angenommen Ja 57 Nein 1
-------------------	--

Um 12:25 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Sofie Albrecht Sabine Meindl
Protokollführerin